

# Gesellschaftspolitische Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen im Ost-West-Vergleich

*Kai Arzheimer / Markus Klein*

## 1. Einleitung und Problemstellung

Unter einem *Wert* versteht man nach der in den Sozialwissenschaften weithin akzeptierten Definition von Kluckhohn (1951) eine „Konzeption des Wünschenswerten“, d.h. einen moralischen Maßstab, an dem die Wirklichkeit gemessen wird. Als Bestandteile des kulturellen Systems einer Gesellschaft sind Werte der Makro-Ebene zuzurechnen und existieren damit in gewisser Weise unabhängig von ihren individuellen Trägern. Für das politische Denken und Handeln auf der Mikro-Ebene wird ein gegebener Wert erst dann relevant, wenn das Individuum im Verlauf der primären oder sekundären Sozialisation - möglicherweise auch noch später im Lebensverlauf - eine positive Haltung gegenüber diesem Wert, eine *Wertorientierung*, erwirbt. Durch diesen Prozeß der *Internalisierung* wird die entsprechende Wertorientierung Bestandteil des individuellen Überzeugungssystems.

Aufgrund zweier Eigenschaften nehmen Wertorientierungen innerhalb von individuellen Überzeugungssystemen eine Sonderstellung ein: Erstens gelten Wertorientierungen als sehr stabil. Während gewöhnliche Einstellungen sich rasch wandeln können, gehen viele Sozialwissenschaftler davon aus, daß Wertorientierungen unter normalen Umständen ein Leben lang beibehalten werden, nachdem sie einmal erworben wurden. Zweitens zeichnen sich Wertorientierungen dadurch aus, daß sie den gewöhnlichen Einstellungen konzeptuell übergeordnet sind und diese strukturieren, indem sie als Maßstab zur Beurteilung bis dahin unbekannter Objekte dienen. Einer Vielzahl von Einstellungen gegenüber konkreten Objekten wie Parteien, Kandidaten oder Politikentwürfen steht deshalb eine geringe Zahl von eher abstrakten Wertorientierungen gegenüber (vgl. u.a. van Deth/Scarborough 1995: 41). Wertorientierungen sind deshalb im Sinne von Converse (1964: 208) *zentrale* Einstellungen, d.h. in der Tendenz werden Einstellungen, die sich auf Grund von neuen Erfahrungen mit bis dahin unbekanntem Objekten herausbilden und den eigenen Wertorientierungen widersprechen, so umgeformt, daß der Widerspruch aufgehoben wird.

Werte als Konzeptionen des Wünschenswerten können sich prinzipiell auf alle Bereiche des menschlichen Lebens (Arbeit, Familie, Freizeit etc.) beziehen. Versteht man jedoch in der Tradition Eastons (1965a: 50) unter Politik in erster Linie die Produktion von Entscheidun-

gen, die für die gesamte Gesellschaft verbindlich sind, dann ist die Erforschung gesellschaftspolitischer Wertorientierungen, die sich auf „Konzeptionen der wünschenswerten Gesellschaft“ (Parsons 1980: 185) beziehen, besonders wichtig.

Die Vorstellung, daß zur vollständigen Beschreibung einer politischen Gemeinschaft auch die tief verwurzelten (und, wenn die Gesellschaft stabil sein soll, nach Möglichkeit von allen Bürgern geteilten!) Überzeugungen bezüglich der „guten Ordnung“ dieser Gemeinschaft gehören, läßt sich bis in die griechische Antike zurückverfolgen. Weber, Parsons, Easton und andere moderne Klassiker der Sozialwissenschaften haben diese Überlegung so umformuliert, daß sie für die empirische Forschung zugänglich wurde. Auslöser für das neu erwachte politikwissenschaftliche Interesse an gesellschaftspolitischen Werten und Wertorientierungen war aber ohne Zweifel Ronald Ingleharts These vom stillen, aber revolutionären *Wandel* der Wertorientierungen in den westlichen Gesellschaften.

In den fast drei Jahrzehnten, die seit dem Erscheinen von Ingleharts (1971) erstem Aufsatz zum intergenerationellen Wertewandel in Europa vergangen sind, hat sich die empirische Beschäftigung mit Werten und Wertorientierungen zu einem „minor branch of industry in political science“ (van Deth 1995: 5) entwickelt. Wahl-, Parteien- und Policy-Forschung haben das Konzept der Wertorientierung in ihr Repertoire aufgenommen, um längerfristige Wandlungsprozesse zu erklären. Eine besonders wichtige Rolle spielen Prozesse des Wertewandels aber nach wie vor in der vergleichenden Politikforschung, weil sie als Modernisierungsprozesse interpretiert werden können, die – in Abhängigkeit von den strukturellen Voraussetzungen – innerhalb verschiedener politischer Systeme unterschiedlich verlaufen und zu je unterschiedlichen Ergebnissen führen.

Auf die Bedeutung des von Inglehart beschriebenen Trends weg von den alten „materialistischen“ hin zu den neuen „postmaterialistischen“ Werten für die politische Kultur hat bereits Gabriel (1986: 107ff) nachdrücklich hingewiesen. Gabriel argumentiert hauptsächlich mit dem Wunsch der Postmaterialisten nach umfassenden Mitwirkungsmöglichkeiten. Durch die von Inglehart prognostizierte Zunahme von Postmaterialisten würde sich die „civic culture“, die ja eine Mischform darstellt (Almond/Verba 1965: 29f), zu einer im wesentlichen aus aktiven Bürgern bestehende „participant culture“ wandeln, was nach der von Almond/Verba (1965: 21f) vertretenen Kongruenzhypothese wiederum einen Wandel des politischen Systems notwendig machen könnte.

Unabhängig davon, ob man mit Inglehart davon ausgeht, daß tatsächlich ein eindimensionaler Wandel von materialistischen zu postmaterialistischen Wertorientierungen stattfindet (vgl.

hierzu kritisch Clarke et al. 1999, Davis/Davenport 1999, Klein/Pötschke 2000), ergibt sich aber aus Almond und Verbas Definition von politischer Kultur als Verteilung der Einstellungen gegenüber politischen Objekten (1965: 13), daß jede Veränderung der gesellschaftspolitischen Wertorientierungen auch die politische Kultur eines Landes berührt. Dies gilt auch und gerade für das Regime, die „specific roles or structures“ (Almond/Verba 1965: 14), das ja im Gegensatz zu den Amtsinhabern und den Politikgehalten in modernen Demokratien den eigentlichen Kern des politischen Systems ausmacht. Ein Blick auf den komplexeren Regime-Begriff Eastons (1965b: 193ff) verdeutlicht dies: Für Easton zählen zum Regime nicht nur Normen und Rollenstruktur, sondern auch die Werte, aus denen sich diese herleiten. Verschiebungen im Bereich der gesellschaftspolitischen Wertorientierungen können deshalb weitreichende Folgen für die politische Kultur und die Unterstützung des politischen Systems eines Landes haben.

In Deutschland sind wir gegenwärtig mit einer ganz besonderen Situation konfrontiert: Nicht nur, daß der Prozeß des Wandels hin zu partizipatorischen Werten in langer Sicht möglicherweise zu einer abnehmenden Kongruenz von politischer Kultur und politischer Struktur und somit zu einem Stabilitätsproblem der bundesdeutschen Demokratie führt. Diesem Problem sehen sich alle westlichen Industriegesellschaften gegenüber. Darüber hinaus wurden im Zuge der Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands aber außerdem zwei Populationen mit sehr unterschiedlich ausgeprägten politischen Kulturen zusammengefügt. Diese Diskrepanzen in den politischen Einstellungen und Wertorientierungen von Ost- und Westdeutschen stellen eine potentielle Quelle von Systemunzufriedenheit dar, da es dem politische System auf Dauer nicht gelingen kann, die widersprüchlichen Erwartungen und Forderungen alle in gleichem Maße zu befriedigen. Sollten sich also die politischen Orientierungen in Ost- und West mittelfristig nicht aneinander angleichen, so ist damit zu rechnen, daß das politische System in zunehmendem Maße unter Streß geraten wird. Das Anliegen des vorliegenden Aufsatzes besteht vor diesem Hintergrund darin, die politische Kultur in West- und Ostdeutschland im Jahr 1998 daraufhin zu untersuchen, inwieweit sich ein solcher Angleichungsprozeß der Wertorientierungen vollzogen hat. Hierfür ist es notwendig, zunächst noch einmal kurz zu bilanzieren, welche Unterschiede in den grundlegenden politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung bestanden.

## **2. Vereint und doch gespalten – Deutschlands politische Kultur zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung**

Fast unmittelbar nach dem Fall der Mauer begannen Sozialwissenschaftler die Differenzen in den gesellschaftspolitischen Einstellungen und Wertorientierungen von West- und Ostdeutschen zu erforschen. Gravierende Unterschiede ergaben sich dabei vor allem hinsichtlich der Akzeptanz demokratischer Werte, hinsichtlich des wünschenswerten Umfangs staatlicher Interventionen, hinsichtlich der Akzeptanz des Leistungsprinzips und des Wertes der sozialen Gleichheit sowie hinsichtlich materialistischer Wertorientierungen. Dies sind dementsprechend auch die Aspekte der politischen Kultur, die wir in Abschnitt 3 empirisch untersuchen werden. Zuvor aber sollen kurz die wichtigsten Befunde aus der bislang vorliegenden Literatur überblicksartig dargestellt werden.

Unmittelbar nach der Wiedervereinigung herrschte in der empirischen Einstellungsforschung der Eindruck vor, daß sich in der ehemaligen DDR eine Art „50er-Jahre-Mentalität“ konserviert habe (Klages/Gensicke 1992). Die Ostdeutschen zeigten sich in den ersten verfügbaren Umfragen in ihren Einstellungen als deutlich traditioneller, autoritärer, sie befürworteten sehr viel stärker das Leistungsprinzip und waren in ihren Wertorientierungen deutlich materialistischer als die Westdeutschen (Bauer 1991b, Herbert/Wildenmann 1991, Gluchowski/Zelle 1992). Dies verleitete einige Autoren zu dem – im Rückblick voreiligen – Schluß, die Bürgerinnen und Bürger in den fünf neuen Ländern seien gewissermaßen in ihrer Mentalitätsentwicklung auf dem Stand der 50er Jahre „stehengeblieben“. Dies wurde aber keineswegs negativ beurteilt, da die Ostdeutschen damit vermeintlich über diejenigen mentalen Prädispositionen verfügten, die im Westen der Republik dereinst das „Wirtschaftswunder“ ermöglicht hatten. Daß die Bürgerinnen und Bürger aus der ehemaligen DDR gleichzeitig deutlich demokratischer eingestellt waren als die Westdeutschen, insbesondere was die „Akzeptanz der Konfliktdimension im demokratischen Prozeß“ (Bauer 1991a: 122) angeht, paßte aber schon damals nicht so recht zu dieser Interpretation.

Und so zeigte sich auch sehr schnell, daß das Bild von den konservierten Überzeugungssystemen der Ostdeutschen der empirischen Realität nicht gerecht werden konnte. So ging in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern die Befürwortung des Leistungsprinzips und der Marktwirtschaft sehr schnell auf das Westniveau zurück und sank sogar noch leicht unter dieses ab (Arzheimer/Klein 1997: 49). Gleichzeitig zeigte sich ein deutlich höheres Ausmaß an Verantwortungszuschreibung an den Staat sowie eine deutlich höhere Bedeutung des Wertes der sozialen Gleichheit. Rückblickend bezweifelte man

nun, ob die Umfragezahlen aus den Jahren 1989/90 wirklich als valide „Nullmessungen“ der politischen Orientierungen der Ostdeutschen interpretiert werden konnten. Die besondere Situation der Wendezeit, die Marktwirtschaftseuphorie, die Nicht-Vertrautheit der Ostdeutschen mit dem Instrumentarium der Umfrageforschung sowie die wahrscheinlich starken Effekte der sozialen Erwünschtheit wurden nun als Ursachen dafür angeführt, daß die Ergebnisse der ersten Umfragen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nicht die „wahre“ Meinungsverteilung widerspiegeln. Man nahm nun an, daß „langfristig erworbene ‚tieferliegende‘ politische Orientierungen durch die sich überstürzenden Ereignisse der Wende und des Vereinigungsprozesses überlagert wurden, in empirischen Erhebungen also nicht oder nur wenig zum Ausdruck kamen“ (Westle 1994: 573).

Mit zunehmendem Abstand zur Wende wurde auch die Menge der verfügbaren Umfragedaten immer größer, was die Zeichnung eines immer facettenreicheren Bildes der Einstellungsunterschiede zwischen West- und Ostdeutschen ermöglichte. Nachdem die Konservierungshypothese durch die empirischen Daten widerlegt war, wurden in der Diskussion dann zwei konkurrierende Deutungen vorgeschlagen: Die Kongruenz- und die Sozialisationshypothese. Die von Helmut Klages und Thomas Gensicke vertretene *Kongruenzhypothese* war dabei insofern eine Radikalposition, als sie behauptete, daß zwischen West- und Ostdeutschen keine gravierenden Unterschiede in ihren gesellschaftspolitischen Wertorientierungen bestünden (Klages/Gensicke 1992, 1993). Klages und Gensicke argumentierten, daß der Wandel gesellschaftspolitischer Wertorientierungen in erster Linie das Ergebnis sozialer Modernisierungsprozesse sei und daß sich in Ostdeutschland vergleichbare Modernisierungsprozesse vollzogen hätten wie in den alten Ländern. Die Stichworte in diesem Zusammenhang waren Tertiärisierung der Wirtschaft, Wandel der Berufsstruktur, Bildungsexpansion, Verstädterung, (relativer) Massenwohlstand und zunehmende Freizeit (Gensicke 1992a,b). In den neuen Bundesländern hätten sich deshalb vergleichbare Wandlungsprozesse vollzogen wie in Westdeutschland. Klages und Gensicke gingen dabei sogar so weit, in diesem vermeintlichen Wertewandlungsprozeß von den Pflicht- und Akzeptanz- zu den Selbstentfaltungswerten die entscheidende Ursache für die friedliche Revolution zu sehen. Daß diese Position eine radikale Überspitzung darstellte, zeigte sich nicht zuletzt daran, daß alle empirischen Daten darauf hindeuteten, daß sich in der ehemaligen DDR zwar tatsächlich ähnliche Veränderungsprozesse vollzogen hätten wie in Westdeutschland, daß diese aber in aller Regel auf einem niedrigeren Niveau und mit einer deutlich niedrigeren Geschwindigkeit stattfanden. Außerdem zeigten sich in der politischen Kultur der neuen Bundesländer einige auffällige Besonderheiten, so daß es vielen

Forschern unangemessen schien, pauschal von einer Kongruenz der Überzeugungssysteme von West- und Ostdeutschen zu sprechen.

Die Diskussion um die Entwicklung der politischen Kultur des vereinten Deutschlands wird mittlerweile von der *Sozialisationshypothese* bestimmt (Fuchs/Roller/Weßels 1997; Kaase/Bauer-Kaase 1998, Westle 1994). Diese geht im Unterschied zur Konservierungshypothese davon aus, daß es in der ehemaligen DDR durchaus einen Wandel gesellschaftspolitischer Wertorientierungen gab, und grenzt sich von der Kongruenzhypothese durch die Zusatzannahme ab, daß dieser Wertewandel vorrangig durch die Existenzbedingungen der Menschen in der ehemaligen DDR geprägt war, also einen anderen Entwicklungspfad genommen hat als der Wertewandel in der alten Bundesrepublik. Die gegenwärtig zu beobachtenden Unterschiede in den politischen Orientierungen von West- und Ostdeutschen sind dementsprechend das Ergebnis langfristig stabiler, im Sozialisationsprozeß erworbener Wertorientierungen. Zwar wird in der Diskussion neuerdings verschiedentlich die These vertreten die gegenwärtig beobachtbaren Unterschiede in den Überzeugungssystemen von West- und Ostdeutschen seien situativ bedingt (Pollack 1997, Veen 1997, Zelle 1998), d.h. das Ergebnis der unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen in beiden Teilen Deutschlands sowie ein Reflex auf die tatsächlichen oder vermeintlichen „Diskriminierungserfahrungen der Ostdeutschen ..., die sich mit dem Trotz der Zornigen dem neuen System teilweise verweigern und das Leben im alten verteidigen“ (Kaina 2000: 132). Überzeugen können die Arbeiten, die diese Argumentationslinie verfolgen, in aller Regel aber nicht. Zwar ist unbestritten, daß die von den Anhängern einer solchen *Situationshypothese* ins Feld geführten Faktoren einen Einfluß auf die hier untersuchten politischen Orientierungen besitzen. Die bestehenden Ost-West-Unterschiede können durch solche Faktoren aber keineswegs vollständig erklärt werden. In multivariater Betrachtungsweise hat die regionale Zugehörigkeit in aller Regel auch dann einen Effekt auf die gemessenen Orientierungen, wenn man für Indikatoren kontrolliert, die geeignet sind, die unterschiedlichen Lebensbedingungen in West- und Ostdeutschland zu erfassen (Arzheimer/Klein 1997; Klein 1998; Zelle 1998: 34).

Ein weiteres überzeugendes Argument für die Existenz von Sozialisationseinflüssen ist in einigen aus westdeutscher Sicht eigentümlichen Widersprüchlichkeiten in den Überzeugungssystemen der Ostdeutschen zu sehen: So befürworten die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger zwar das Leistungsprinzip, lehnen aber gleichzeitig die daraus notwendigerweise resultierende soziale Ungleichheit ab. Sie plädieren für die Marktwirtschaft, wollen dem Staat gleichzeitig aber weitreichenden Einfluß auf Löhne und Preise einräumen und ihn für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und Wohnungen verantwortlich machen (vgl. Gluchowski/Zelle

1992, Gensicke 1992b, Bürklin 1993, Gabriel 1994). Erklärt werden diese vermeintlichen Widersprüche durch den Verweis auf die *offizielle politische Zielkultur der DDR*, in deren Zentrum das Modell des „sozialistischen Industriestaates“ gestanden habe, „in dem die als typisch deutsch/preußisch/protestantisch geltenden Werte Leistung, Disziplin und Aufstiegsorientierung mit den ideologischen Zielsetzungen eines egalitären Sozialismus verbunden wurden“ (Bürklin 1993: 141): „Das Bekenntnis zu Wirtschaftswachstum, Leistungsprinzip und technischem Können bei gleichzeitiger Propagierung des formal damit im Widerspruch stehenden Ziels der egalitären Gesellschaft“ (ebd. 142) habe entsprechend im Zentrum der offiziellen politischen Kultur der DDR gestanden. Aus der Tatsache, daß sich diese eigentümliche „Werte-Melange“ (Greifenhagen/Greifenhagen 1993: 173) auch in den Überzeugungssystemen der ostdeutschen Menschen nachweisen lasse, könne folglich auf erfolgreiche Sozialisationsbemühungen des SED-Regimes geschlossen werden. Zwar sei die ehemalige DDR durch eine politische „Doppelkultur“ gekennzeichnet gewesen, also durch das Vorliegen einer informellen politischen Kultur, die sich in den privaten Rückzugs-„Nischen“ der Menschen neben der offiziellen Zielkultur entwickelt habe, doch sei diese von den politischen Indoktrinationsversuchen des Regimes nicht völlig abgekoppelt gewesen. Nach Sontheimer standen politische Zielkultur und politische Realkultur vielmehr in einem interdependenten Verhältnis (Sontheimer 1990: 73).

Sozialisationseinflüsse lassen sich aber nicht nur hinsichtlich der Einstellungen zum marktwirtschaftlichen System nachweisen. Auch die Einstellungen der Ostdeutschen zur Demokratie scheinen sich sozialisationsbedingt grundlegend von denen der Westdeutschen zu unterscheiden. So konnte beispielsweise Dieter Fuchs (1997) zeigen, daß die ostdeutsche Bevölkerung mehrheitlich dem Modell des *demokratischen Sozialismus* zuneigt (vgl. auch Weil 1997). Darin unterscheidet sie sich von der westdeutschen Bevölkerung, die eher ein *liberales* Modell der Demokratie favorisiere. Diese beiden Demokratiemodelle unterscheiden sich hauptsächlich in der unterschiedlich starken Betonung des Gleichheitsbegriffs. Während das von den Westdeutschen präferierte liberale Demokratiemodell zwar eine soziale Verpflichtung des Staates anerkennt, die sich in redistributiven wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten niederschlägt, stellt das Modell des demokratischen Sozialismus eine egalitäre „Radikalisierung des liberalen Modells“ (Fuchs 1997: 89) dar. Neben der Forderung nach einer gerechten Versorgung der Bürger mit gesellschaftlichen Grundgütern (vgl. auch Roller 1997), steht insbesondere auch das Ziel einer „umfassenden und direkten Bürgerbeteiligung“ im Mittelpunkt dieses Demokratiemodells. Dieses Element wird nach Fuchs im liberalen Modell zwar nicht explizit ausgeschlossen, „hat dort aber sicherlich keinen zentralen Stellenwert“ (Fuchs 1997:

90). Die Ursache für diese unterschiedlichen Demokratiekonzeptionen sieht Fuchs in den gänzlich unterschiedlichen Erfahrungshintergründen von West- und Ostdeutschen. Er weist somit auf die Tatsache, daß das Leben im DDR-Sozialismus die Bevölkerung der fünf neuen Bundesländer in ihren politischen Orientierungen und Erwartungen dauerhaft geprägt habe, also deutliche Sozialisations-effekte erkennbar seien. Verstärkt wurde dieser Sozialisations-effekt nach Dalton noch dadurch, daß die Bevölkerung in der ehemaligen DDR zu umfassender Partizipation in verschiedenen sozialen und politischen Gremien, Institutionen und Vereinigungen verpflichtet wurde: „A large proportion of the public was involved in government advisory boards, trade-union boards, work councils, parent-teacher bodies and similar quasi-political structures. There was also extensive participation in mass membership in social organizations and political groups like the Free-German Youth or the Society for German-Soviet Friendship. These various forms of citizen participation were considered essential elements of East Germany’s model of socialist democracy, even if the SED retained nearly all political power“ (Dalton 1994: 474). Womöglich hatte die Ex-DDR also durch ihre umfassenden Beteiligungsrituale das Bedürfnis der Menschen nach *echter* politischer Beteiligung und Mitsprache erst geweckt.

### **3. Politische Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen in Ost- und Westdeutschland im Jahr 1998**

Die im vorhergehenden Abschnitt vorgestellten Befunde der empirischen Einstellungsforschung beziehen sich fast ausnahmslos auf Daten, die bis Mitte der 90er Jahren erhoben wurden. Am Ende des Jahrzehntes stellt sich nun die naheliegende Frage, ob es in den fast zehn Jahren seit dem Fall der Mauer zu einer Annäherung zwischen Ost und West gekommen ist. Insbesondere bei den jüngeren Ostdeutschen steht zu erwarten, daß diese sich tendenziell ihren westdeutschen Altersgenossen annähern: Zum einen, weil inzwischen eine Generation das Wahlalter erreicht, die den größten Teil ihrer formativen Phase bereits im vereinten Deutschland erlebt hat, zum anderen, weil die Orientierungen jüngerer Menschen auch nach Abschluß der formativen Phase weniger stabil sind als die der älteren (vgl. für das Beispiel der Partei-identifikation u.a. Jennings/Markus 1984). Auch bei den älteren unter den neuen Bundesbürgern kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß Einstellungen und insbesondere Wertorientierungen sich in den Jahren seit der Vereinigung partiell den neuen Lebensbedingungen angepaßt haben. Ausgangspunkt unserer Untersuchung muß deshalb eine Bestandsaufnahme der Unterschiede zwischen Ost und West im Jahre 1998 sein.

### 3.1 Demokratische Werte

Gesellschaftspolitische Werte als „Konzeptionen der wünschenswerten Gesellschaft“ stellen die Maßstäbe dar, anhand derer die Bürger die Gesellschaft beurteilen, in der sie leben. Ein zentrales Charakteristikum jeder Gesellschaft ist die politische Herrschaftsordnung. In einem ersten Analyseschritt untersuchen wir deshalb, welche Unterschiede hinsichtlich der Unterstützung demokratischer Werte zwischen Ost- und Westdeutschen bestehen.

Der Fragebogen enthält mit dem Item „Die Demokratie ist die beste Staatsidee“ eine Frage, die direkt auf den Bereich der demokratischen Werte zielt.<sup>1</sup> Hier zeigen sich auch 1998 noch – Vergleichswerte für 1994 stehen leider nicht zur Verfügung – dramatische Ost-West-Unterschiede. Während fast 60 Prozent der westdeutschen Befragten der Aussage, die Demokratie sei die beste Staatsidee, voll und ganz zustimmen, gilt dies für weniger als ein Drittel der ostdeutschen Befragten (vgl. Tabelle 1). Zwar gibt es auch im Osten Deutschlands nur wenige Bürger, die die Idee der Demokratie rundheraus ablehnen, jedoch zeigen sich die befragten Ostdeutschen in einem durchaus bedenklichen Umfang indifferent gegenüber der demokratischen Staatsform. Dieser Befund ist um so erstaunlicher, als es den Bürgern in den neuen Ländern erstmals in der deutschen Geschichte gelungen war, aus eigener Kraft eine demokratische Revolution zum Erfolg zu führen. Er ist darüber hinaus kaum mit neueren Forschungsergebnissen zu vereinbaren, nach denen die Ostdeutschen sehr wohl demokratisch eingestellt sind, aber ein sozialistisches Demokratiemodell favorisieren (Arzheimer/Klein 1997; Fuchs 1997).

Die naheliegende Vermutung, daß die Frage von den ostdeutschen Befragten trotz ihres manifesten Inhaltes nicht mit dem Prinzip der Demokratie, sondern mit der Praxis des bundesdeutschen Herrschafts- und Wirtschaftssystem assoziiert werden könnte, läßt sich rasch widerlegen, indem man nach dem Gegenpol zur Idee der Demokratie fragt: Während die Aussage, unter Umständen sei eine *Diktatur* die bessere Staatsform, in den alten Ländern von 68 Prozent der Befragten vollständig abgelehnt wurde, lag der Anteil der Ablehnung in den neuen Ländern lediglich bei 39 Prozent (vgl. Tabelle 1). Eine zustimmende Antwort auf diese Frage kann jedoch nicht unbedingt als Votum für die sofortige Abschaffung der Demokratie gelten. Sie ist vielmehr prima facie so zu verstehen, daß der Befragte unter Umständen bereit ist, den Wert „Demokratie“ anderen, im Fragetext nicht spezifizierten Werten (Effizienz, Sicherheit)

---

<sup>1</sup> Dieses Item ist zur Untersuchung von demokratischen Wertorientierungen weitaus besser geeignet als die verwandte und in der Umfrageforschung ebenfalls häufig verwendete Frage nach der Zufriedenheit mit dem *Funktionieren* der Demokratie in Deutschland, weil es explizit auf die Idee der Demokratie als Herrschaftsform abhebt und von den konkreten Leistungen und Eigenschaften des politischen Systems abstrahiert. Die

unterzuordnen und die Staatsleitung in die Hände eines „starken Mannes“ zu legen. Die ostdeutschen Konzeptionen der wünschenswerten Gesellschaft sind also im Mittel deutlich autoritärer und – wie der nächste Analyseschritt zeigt – (noch) weniger pluralistisch als die westdeutschen.

Pluralismus, verstanden als legitime Konkurrenz organisierter Interessen im demokratischen Staat, stellt ohne Zweifel einen demokratischen Wert dar. Vom Standpunkt eines identitären Demokratiekonzeptes aus ließe sich zwar argumentieren, daß unter Umständen auch die Negation dieses Prinzipes, nämlich die Orientierung an einem homogenen Gemeinwohl, als eine demokratische „Konzeption der wünschenswerten Gesellschaft“ gelten müsse. Die Ablehnung des entsprechenden Items wäre dann nicht als mangelnde Unterstützung eines demokratischen Wertes, sondern als eine Entscheidung für eine bestimmte Variante der Demokratie zu verstehen. Die relativ harte Formulierung des von uns verwendeten Items – Gruppen- und Verbandsinteressen sollten sich „bedingungslos“ dem Allgemeinwohl unterordnen – spricht aber gegen diese Interpretation. Die Vorstellung, daß die Interessen einer bestimmten Gruppe im politischen Prozeß überhaupt nicht berücksichtigt werden, ist unseres Erachtens auch mit einem „demokratisch-sozialistischen“ oder einem „republikanischen“ Modell der Demokratie (vgl. Fuchs 1997: 88) nicht zu vereinbaren.

Dennoch stimmt eine Mehrheit von 55 Prozent der ostdeutschen Befragten diesem Item, das wir als einen validen Indikator für Anti-Pluralismus betrachten, ganz oder teilweise zu (vgl. Tabelle 1).<sup>2</sup> Der Vergleichswert für die alten Länder unterscheidet sich mit 39 Prozent deutlich von dieser Quote, liegt aber ebenfalls bemerkenswert hoch, was als ein Relikt der traditionellen deutschen Gemeinwohlorientierung interpretiert werden kann. Erstaunlicherweise werden aber institutionelle Garantien wie das Recht auf Meinungsfreiheit und die Existenz einer legitimen Opposition, die gerade die Voraussetzungen für einen pluralistischen Wettbewerb der Interessen sichern sollen, in den neuen Ländern im gleichen Umfang unterstützt wie in den alten Ländern (vgl. Tabelle 1) – ein weiteres Beispiel dafür, daß sich auch am Ende der 90er Jahre Widersprüche in den Überzeugungssystemen vieler Ostdeutscher nachweisen lassen.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der politischen Kulturforschung liegt für diesen zunächst etwas rätselhaften Befund eine bestimmte Interpretation nahe: Demokratische Rechte und Regeln, so könnte man vermuten, finden in den neuen Ländern breite Zustimmung, ohne

---

Beantwortung dieser Frage sollte deshalb von der in Ostdeutschland weit verbreiteten Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung nicht beeinflusst werden.

<sup>2</sup> Bei den Eintragungen in den folgenden Tabellen handelt es sich um Werte für den Koeffizienten D. D ist ein asymmetrisches Maß und wurde für die regionale Zugehörigkeit als unabhängige Variable berechnet.

daß diese positive Einschätzung der neuen Ordnung schon durch tiefer verankerte Wertorientierungen dauerhaft abgestützt würde. Die Parallelen zur Situation in den alten Ländern nach Kriegsende wären dann offensichtlich. Beim derzeitigen Kenntnisstand über die Entwicklung der nach den Maßstäben der politischen Kulturforschung immer noch sehr jungen ostdeutschen Teilgesellschaft handelt es sich bei dieser Überlegung allerdings lediglich um eine plausible Vermutung. Zu ihrer empirischen Absicherung bedarf es einer längeren Zeitreihe.

**Tab. 1: Demokratische Wertorientierungen in West- und Ostdeutschland 1998**

		West	Ost	D
<b>Bewertung der Demokratie als Staatsidee</b>				
Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen?	1	58,5	29,9	
	2	26,3	34,6	
	3	11,8	25,2	
Nehmen Sie dazu bitte folgende Skala. Die Zahl „1“ bedeutet, daß die Demokratie die beste vorstellbare Staatsidee ist, die Zahl „6“ bedeutet, daß die Demokratie die schlechteste vorstellbare Staatsidee ist. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.	4	2,8	7,8	
	5	0,5	2,4	
	6	0,2	0,1	0,33
<b>Bewertung der Diktatur als Staatsidee</b>				
Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform.	-2	68,4	38,5	
	-1	12,6	22,4	
	0	11,7	21,0	
Der Wert - 2 bedeutet, daß Sie dieser Meinung überhaupt nicht zustimmen, + 2 bedeutet, daß Sie ihr voll und ganz zustimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.	1	5,6	15,6	
	2	1,6	2,6	0,31
<b>Unterstützung für das Prinzip des Pluralismus</b>				
Gruppen- und Verbandsinteressen sollten sich bedingungslos dem Allgemeinwohl unterordnen.	-2	9,4	5,7	
	-1	18,1	13,0	
	0	35,1	27,4	
Der Wert - 2 bedeutet, daß Sie dieser Meinung überhaupt nicht zustimmen, + 2 bedeutet, daß Sie ihr voll und ganz zustimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen	1	23,5	34,9	
	2	13,8	19,0	0,17
<b>Bedeutung der Opposition für die Demokratie</b>				
Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.	-2	0,7	0,9	
	-1	3,0	1,2	
	0	14,7	9,4	
Der Wert - 2 bedeutet, daß Sie dieser Meinung überhaupt nicht zustimmen, der Wert +2 bedeutet, daß Sie ihr voll und ganz zustimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abstimmen	1	27,8	35,9	
	2	53,8	52,5	n.s.
<b>Bewertung des Rechts auf Meinungsfreiheit</b>				
Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist	-2	0,4	0,3	
	-1	2,5	1,5	
	0	8,7	7,9	
Der Wert - 2 bedeutet, daß Sie dieser Meinung überhaupt nicht zustimmen, der Wert + 2 bedeutet, daß Sie ihr voll und ganz zustimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abstimmen	1	32,0	34,5	
	2	56,4	55,9	n.s.

### 3.2 Staatsziele, Wirtschafts- und Sozialordnung

Schon bald nach der Wiedervereinigung, die sich ja im wesentlichen als Ausdehnung der politischen Institutionen auf das „Beitrittsgebiet“ vollzog, wurden Zweifel laut, ob die gesellschaftspolitischen Wertorientierungen der neuen Bundesbürger mit den Anforderungen des neuen Staates kompatibel seien. Diese Zweifel bezogen sich nicht nur auf die Unterstützung der Demokratie, sondern vor allem auch auf die Anerkennung der marktorientierten Wirtschaftsordnung.

Die Situation zu Beginn der 90er Jahre gab Anlaß für widersprüchliche Vermutungen: Einerseits hatte die weitverbreitete Unzufriedenheit mit der sozialistischen Mangelwirtschaft dazu beigetragen, die Legitimität des SED-Regimes zu untergraben. Andererseits war aber auch hier mit Sozialisierungseffekten zu rechnen. Zudem schürten Privatisierung und Liquidierung zahlreicher ostdeutscher Betriebe, die daraus resultierende Massenarbeitslosigkeit und die Verödung ganzer Landstriche und nicht zuletzt die parallele Schließung betrieblicher Sozialeinrichtungen (Kinderkrippen, Sportvereine etc.) Ressentiments gegen die Marktwirtschaft.

Als ähnlich widersprüchlich erwiesen sich die empirischen Befunde: Obwohl die Ostdeutschen, was die individuelle Lebensführung angeht, sogar etwas ehrgeiziger und leistungsorientierter erscheinen als die Westdeutschen (vgl. z.B. Gensicke 1998: 84ff) bevorzugten sie doch, wie oben bereits angesprochen, eine egalitärere Gesellschaftsordnung und wünschen sich einen starken, redistributiven Staat, der den einzelnen vor Lebensrisiken schützt (vgl. Arzheimer/Klein 1997).

Ähnliche Widersprüche lassen sich auch in den uns zur Verfügung stehenden Daten nachweisen. Bittet man die Bürger in den alten und den neuen Ländern, ihre gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen in eine Rangfolge zu bringen,<sup>3</sup> ergeben sich vergleichbare Verteilungen ( $D=-0,05$ ). In beiden Regionen nimmt das Leistungsprinzip eine Position im oberen Mittelfeld ein (vgl. Tabelle 2). 51 (West) bzw. 57 (Ost) Prozent der Befragten plazieren die „Gesellschaft, in der man es durch Leistung zu etwas bringen kann“, auf einem der ersten drei Ränge. Zugleich scheinen die Ostdeutschen jedoch mit den Ergebnissen, die aus der Anwendung des

---

<sup>3</sup> Der Fragestimulus lautete „Ich habe hier einige Kärtchen mit Dingen, die einem in der Gesellschaft wichtig sein können. Bitte ordnen Sie die Kärtchen einmal danach, wie wichtig diese Dinge Ihnen persönlich sind.“ Die folgenden Zielvorstellungen wurden vorgegeben: „eine Gesellschaft in der Bewährtes geschätzt und geachtet wird“, „eine Gesellschaft in der die Bürger an allen Entscheidungen beteiligt sind“, „eine Gesellschaft, in der man es durch Leistung zu etwas bringen kann“, „eine Gesellschaft in der Recht und Gesetz geachtet werden“, „eine Gesellschaft in der man offen ist für neue Ideen und geistigen Wandel“, „eine Gesellschaft in der der Mensch mehr zählt als Geld“. Bei den Eintragungen in Tabelle 2 handelt es sich daher um Rangplätze. Ähnlich wie beim Inglehart-Index ergeben sich statistisch-methodische Probleme daraus, daß die Bewertungen der sechs Items nicht unabhängig voneinander sind (ipsative Messung). Auf diese Probleme können wir jedoch an dieser Stelle aus Platzgründen nicht eingehen (vgl. aber Klein/Arzheimer 1999).

Leistungsprinzips resultieren, nicht einverstanden zu sein. Denn eine Mehrheit von 53 Prozent der Befragten ist davon überzeugt, die Einkommensverteilung in der früheren DDR, die dem „sozialistisch-egalitären Prinzip der ‚Annäherung aller Klassen und Schichten‘ verpflichtet“ war und „die materielle Lage der verschiedenen Bevölkerungsgruppen immer mehr angleichen“ sollte (Geißler 1992: 53), „viel gerechter“ oder zumindest „gerechter“ gewesen sei (vgl. Tabelle 2). Dieser Befund deutet auf jene „mental Inkonsistenzen“ im Einstellungshaushalt vieler Ostdeutscher hin, deren Existenz wir an anderer Stelle (Arzheimer/Klein 1997: 58) vermutet hatten, aber wegen einer Unzulänglichkeit des dort verwendeten Instruments nicht überprüfen konnten.

Unabhängig von diesen möglichen Widersprüchen in den Überzeugungssystemen der neuen Bundesbürger stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß in diesem Bereich die Orientierungen von Ost- und Westdeutschen voneinander abweichen. Mit dem Statement „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde“ enthält der Fragebogen ein Item, das direkt auf die Orientierungen zur Wirtschafts- und Sozialordnung zielt. Ähnlich wie bei der Frage nach der Idee der Demokratie steht hier nicht die Praxis, sondern das *Prinzip* des Ordnungsmodells im Vordergrund. Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, zeigen sich auch acht Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch beträchtliche ( $D=-0,48$ ) Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. Während in den alten Ländern nur rund 8 Prozent der Befragten der Aussage, beim Sozialismus handele es sich im Grunde um eine gute Idee, zustimmen, liegt dieser Anteil in den neuen Ländern mehr als dreimal so hoch. Umgekehrt lehnen 32 Prozent der Westdeutschen die *Idee* des Sozialismus völlig ab. Dagegen gibt es im Osten lediglich 6 Prozent radikale Gegner dieses Prinzips.

Auch in ihren Vorstellungen, in welchen Bereichen und in welchem Umfang der Staat Einfluß auf Wirtschaft und Gesellschaft nehmen soll, unterscheiden sich alte und neue Bundesbürger deutlich. Angesichts der Debatte um den Umbau des Sozialstaates, die hohen Sozialabgaben und die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland gerät leicht in Vergessenheit, daß die Staatstätigkeit in der alten Bundesrepublik zwar in absoluten Zahlen einen hohen Stand erreicht hatte, dabei aber durchaus dem Niveau vergleichbarer Staaten entsprach. Was die Einnahmen und Ausgaben des Staates betrifft, nahmen die alten Länder unmittelbar vor der Wiedervereinigung im europäischen Vergleich<sup>4</sup> eine Mittelposition ein (vgl. Goldsmith 1995: 36, 38). Während der ersten beiden Legislaturperioden der Regierung Kohl waren die (auf das Bruttoinlandsprodukt bezogenen) Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sogar leicht

---

<sup>4</sup> Die Angaben bei Goldsmith beziehen sich auf Skandinavien (Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden), West- und Mitteleuropa (Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz) sowie Südeuropa (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien).

gesunken. Neben diesen objektiven Größen gingen seit Mitte der 70er Jahre in der alten Bundesrepublik auch die *Erwartungen* an den Staat leicht zurück (vgl. Huseby 1995: 96-97). Insbesondere die Wirtschaftsförderung, die Kontrolle der Verbraucherpreise und die Verringerung von Einkommensunterschieden sollten nach Ansicht einer wachsenden Zahl Westdeutscher keine Ziele staatlichen Handelns sein. Während die Bürger der alten Bundesrepublik mit ihren Erwartungen an den Staat noch Mitte der 70er zur europäischen Spitzengruppe gehörten, wiesen sie 1985 und 1990 über verschiedene mögliche Aufgabenfelder hinweg das niedrigste mittlere Erwartungsniveau in den untersuchten europäischen Staaten auf. Die Ostdeutschen hingegen orientierten sich zu Beginn der 90er Jahre weiterhin an den sozialpolitischen Standards der früheren DDR und wollten den Bereich der staatlichen Verantwortung tendenziell ausdehnen (Roller 1997: 126ff).

Die Analyse von drei Indikatoren, die aus dem Programm des ISSP von 1985, 1990 und 1996 (Role of Government I-III) in unseren Fragebogen übernommen wurden, zeigt, daß sich alte und neue Bundesbürger in ihren gesellschaftspolitischen Orientierungen auch am Ende des Jahrzehnts deutlich unterscheiden. Vergleichsweise moderate ( $D=-0,10$ ) Unterschiede bestehen dabei hinsichtlich der Frage, ob der Staat die Industrie bei der Förderung von neuen Technologien und Produkten unterstützen solle. Nach Ansicht von 33 Prozent der westdeutschen und 43 Prozent der ostdeutschen Befragten gehört dies zu den Aufgaben des Staates (vgl. Tabelle 2).

Dramatischere ( $D=-0,18$ ) Differenzen zeigen sich hingegen bei der Verantwortung für die Gleichstellung von Frauen. Für mehr als die Hälfte der Bürger in den neuen Ländern, aber nur für 39 Prozent der Westdeutschen ist der Staat „auf jeden Fall“ für die faktische Gleichstellung der Geschlechter verantwortlich (vgl. Tabelle 2). Diese Unterschiede lassen sich vermutlich auf die frauenpolitischen Positionen der SED<sup>5</sup> und vor allem auf die – verglichen mit der Bundesrepublik – sehr hohe<sup>6</sup> Frauenerwerbsquote in der früheren DDR zurückführen. Die Präsenz der Frauen im Erwerbsleben dürfte einerseits im Sinne eines tertiären Sozialisationsprozesses das Weltbild und damit die Wertorientierungen von Frauen *und* Männern verändert haben. Andererseits haben Frauen ebenso wie deren Familienangehörige nach dem Zusammenbruch des staatlichen bzw. halbstaatlichen Systems der Kinderbetreuung, das die Voraus-

---

<sup>5</sup> Die Emanzipation der Frau gehörte seit den Anfängen des Marxismus-Leninismus zu dessen Kernforderungen. In der DDR betrieb die SED eine Politik der „Emanzipation von oben“ (Geißler 1992: 259). Die Gleichstellung der Frau erhielt Verfassungsrang und wurde darüber hinaus durch eine Vielzahl juristischer und institutioneller Regelungen forciert. Im Ergebnis führte diese Politik zwar nicht zu einer völligen Gleichstellung, wohl aber zu einem „Gleichstellungsvorsprung“ der Frauen in der DDR (vgl. Geißler 1992: 237ff und insbesondere die Übersicht ab S. 259).

<sup>6</sup> In der DDR waren 1990 92 Prozent der Frauen erwerbstätig, in der Bundesrepublik waren es 1989 lediglich 60 Prozent (vgl. Geißler 1992: 242f).

setzung für diese auch im internationalen Vergleich sehr hohe Frauenerwerbsquote darstellte, sicher auch ein rein ökonomisches Interesse an frauenpolitischen Fragen.

Noch stärkere Unterschiede ( $D=-0,24$ ) bestehen schließlich erwartungsgemäß beim Thema Arbeitslosigkeit. Der sehr weitgehenden Forderung, der Staat solle „einen Arbeitsplatz für jeden bereitstellen, der arbeiten will“, also notfalls umfangreiche Beschäftigungsprogramme auflegen, stimmt bereits in den alten Ländern mit 42 Prozent ein erstaunlich hoher Prozentsatz der Befragten zu. Im Gebiet der früheren DDR nähert sich der Anteil derjenigen, die den Staat „auf jeden Fall“ für die Bereitstellung von Arbeitsplätzen verantwortlich machen, mit 65 Prozent der Zwei-Drittel-Marke an. Situationale Einflüsse, d.h. die vergleichsweise schlechte ökonomische Lage in den neuen Ländern, spielen hier sicherlich eine Rolle.<sup>7</sup> Wichtiger sind unserer Meinung nach aber langfristig wirksame Faktoren, nämlich die Sozialisation in einem Staat, der die Erwerbsarbeit zum Leitwert erhoben hatte und sich selbst zu einem erheblichen Teil dadurch definierte, daß er steuernd in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eingriff.

---

<sup>7</sup> In diesem besonderen Fall haben wir die Möglichkeit, einen zentralen situationalen Faktor, nämlich die individuelle Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit, zu kontrollieren, um zu prüfen, inwieweit die von uns beobachteten Ost-West-Differenzen tatsächlich auf Sozialisationseffekte zurückzuführen sind. Betrachtet man ausschließlich die Arbeitslosen unter den Befragten (nicht tabellarisch ausgewiesen), so steigt zwar das Niveau der Ansprüche an den Staat insgesamt. Zugleich bleiben aber unter den Personen, die selbst unmittelbar von Arbeitslosigkeit betroffen sind, die Unterschiede zwischen Ost und West weitgehend erhalten ( $D=-0,19$ ). Dieser Test ist nicht perfekt, weil andere situationale Faktoren und hier insbesondere die indirekte Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit von Familienmitgliedern und Freunden, nicht kontrolliert werden können. Er zeigt aber deutlich, daß ein erheblicher Anteil der Variation durch langfristig wirksame Faktoren, die wir als im Laufe des Sozialisationsprozesses erworbene Wertorientierungen interpretieren, erklärt werden kann.

**Tab. 2: Einstellungen zur Wirtschafts- und Sozialordnung sowie zu den Aufgaben des Staates in West- und Ostdeutschland 1998**

		West	Ost	D
<b>Bewertung des Leistungsprinzips</b>				
Ich habe hier einige Kärtchen über Dinge, die einem in der Gesellschaft wichtig sein können. Bitte ordnen Sie diese Kärtchen einmal danach, wie wichtig diese Dinge Ihnen persönlich sind. Das heißt, was für Sie am allerwichtigsten ist, liegt ganz oben, das zweitwichtigste darunter usw. An letzter Stelle liegt dann das Kärtchen mit der Aussage, die Ihnen am wenigsten wichtig ist.	1.	16,0	15,5	
	2.	14,7	18,4	
	3.	19,8	23,4	
	4.	20,9	17,3	
	5.	17,8	14,3	
	6.	10,8	11,1	-0,05
Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der man es durch Leistung zu etwas bringen kann				
<b>Bewertung der Einkommensverteilung in der früheren DDR (nur neue Länder)</b>				
Denken Sie noch einmal an Ihr Leben in der damaligen DDR vor Juli 1989 zurück. Ich lese Ihnen jetzt verschiedene politische und gesellschaftliche Bereiche vor. Fanden Sie die folgenden Bereiche in der damaligen DDR vor der Wiedervereinigung: viel besser (1), besser (2), gleich (3), schlechter (4) oder viel schlechter (5) als es heute in Ostdeutschland ist?	1		10,1	
	2		43,1	
	3		17,8	
	4		25,2	
	5		3,8	
Gerechtigkeit der Einkommensverteilung				
<b>Bewertung der Idee des Sozialismus</b>				
Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde.	-2	32,1	6,2	
	-1	18,5	11,0	
Der Wert - 2 bedeutet, daß Sie dieser Meinung überhaupt nicht zustimmen, + 2 bedeutet, daß Sie ihr voll und ganz zustimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.	0	25,8	22,8	
	1	15,7	32,1	
	2	7,9	27,9	-0,48
<b>Staatliche Verantwortung für Wirtschaftsförderung</b>				
Bitte geben Sie anhand dieser Liste an, inwieweit die dort aufgeführten Dinge in der Verantwortlichkeit des Staates liegen sollten.				
Unterstützung der Industrie bei der Entwicklung von neuen Produkten und Technologien	1	33,1	42,9	
	2	50,9	43,7	
	3	13,3	11,9	
	4	2,7	1,5	-0,10
<b>Staatliche Verantwortung für die Gleichstellung der Frau</b>				
Bitte geben Sie anhand dieser Liste an, inwieweit die dort aufgeführten Dinge in der Verantwortlichkeit des Staates liegen sollten.				
Die Gleichstellung von Frauen fördern	1	42,1	65,4	
	2	46,6	29,2	
	3	8,9	4,8	
	4	2,3	0,53	-0,18
<b>Staatliche Verantwortung für Vollbeschäftigung</b>				
Bitte geben Sie anhand dieser Liste an, inwieweit die dort aufgeführten Dinge in der Verantwortlichkeit des Staates liegen sollten.				
Einen Arbeitsplatz für jeden bereitstellen, der arbeiten will	1	39,0	55,5	
	2	43,8	34,9	
	3	13,7	7,4	
	4	3,5	2,2	-0,24

### 3.3 Inglehart-Index

Das zweifelsohne am weitesten verbreitete Instrument zur Messung gesellschaftspolitischer Wertorientierungen ist der sogenannte Inglehart-Index. Auf die umfangreiche theoretische und methodische Kritik, die gegen den Inglehart-Index vorgebracht wurde, können wir an dieser Stelle nur summarisch hinweisen. Ohne näher auf die bekannten Schwächen der Inglehartschen Theorie des postmaterialistischen Wertewandels und des dazugehörigen Instrumentes einzugehen, läßt sich festhalten, daß für das Gebiet der neuen Bundesländer aus mehreren Gründen ein niedrigerer Anteil von Postmaterialisten zu erwarten ist:

1. Postmaterielle Werte im Sinne Ingleharts sind mit den politischen Zielen der „neuen“ Linken (Betonung von Selbst- und Mitbestimmung sowie anderer immaterieller Güter, z.B. saubere Umwelt etc.) assoziiert. Der Marxismus-Leninismus als Staatsideologie der untergegangenen DDR hingegen beinhaltete die Ziele der „alten“ Linken, d.h. vor allem die Befriedigung der materiellen Ziele der Arbeiterklasse. Auch wenn das DDR-System letztlich am Widerstand der Bevölkerung gescheitert ist, wäre es unplausibel anzunehmen, daß vierzig Jahre Sozialismus gerade in diesem Bereich keinerlei Spuren in den Wertorientierungen der Bevölkerung hinterlassen haben sollten.
2. Nach Inglehart ist eine Voraussetzung für die Entstehung postmaterialistischer Wertorientierungen ein materieller Überfluß während der formativen Phase. Diese Bedingung war für die DDR zu keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte erfüllt. Geht man darüber hinaus davon aus, daß abweichend von Ingleharts Theorie die Messung mit dem Inglehart-Instrument auch von der *aktuellen* wirtschaftlichen Lage beeinflusst wird (Clarke et al. 1999), erscheint es noch unwahrscheinlicher, daß die Bürger in den neuen Ländern im gleichen Umfang postmaterialistische Wertorientierungen zeigen wie die Westdeutschen.
3. Schließlich ist der Zusammenhang zwischen einer Beschäftigung in einem bestimmten Teilbereich (Schulen, Hochschulen, soziale Einrichtungen) des öffentlichen Sektors und „neuen“ Wertorientierungen empirisch gut belegt. Die Angehörigen dieser Teilgruppe des neuen Mittelstandes gelten als die eigentlichen Träger des Wertewandels. Im Anschluß an Herbert Kitschelt (1995) kann dieser Zusammenhang auch ohne Rückgriff auf Ingleharts umstrittene Thesen theoretisch plausibel erklärt werden. Folgt man Kitschelts Ansatz, so bilden sich stabile politische Präferenzen auch im Verlaufe der tertiären Sozialisation während des Berufslebens heraus (Kitschelt 1995: 4ff). So führt die weitgehend selbständige, hochqualifizierte, symbol- und personenzentrierte Tätigkeit in einem Bereich, in

dem bis vor kurzem von wirtschaftlichen Zwängen noch nichts zu spüren war, zur Herausbildung postmaterialistischer (in Kitschelts Terminologie: links-libertärer) Wertorientierungen. Diese spezifische Kombination von Arbeitsbedingungen gab es in den neuen Ländern nicht: Zwar war der hypertrophe öffentliche Sektor den Marktgesetzen ebenfalls entzogen. Charakteristisch für das zentralistisch-hierarchische System der Planwirtschaft war aber die Orientierungen an den Arbeitsabläufen der klassischen Fabrik und damit gerade ein *Mangel* an Entscheidungsfreiheit. In einem Land, dessen organisatorische Struktur sich bis zuletzt am Leitbild des Industriekombinates orientierte, sollten sich vielmehr links-*autoritäre* Wertvorstellungen entwickeln.

Diese Annahmen haben sich seit 1990 in zahlreichen Untersuchungen bestätigt. Auch 1998 zeigen sich noch die erwarteten Differenzen zwischen beiden Regionen (vgl. Tabelle 3). Die Westdeutschen weisen nach wie vor einen etwas höheren Anteil an Postmaterialisten und einen etwas niedrigeren Anteil an Materialisten auf als die Ostdeutschen. Der Anteil der Mischtypen hingegen ist in beiden Regionen praktisch identisch. Allerdings haben sich die Unterschiede zwischen Ost und West gegenüber der Querschnittuntersuchung von 1994 ( $D=-0,11$ ) reduziert und sind nun relativ ( $D=-0,08$ ) schwach ausgeprägt.

**Tab. 3: Anteil der verschiedenen Inglehart-Wertetypen nach Region**

		West	Ost	D
<b>Inglehart-Index</b>				
Auch in der Politik kann man nicht alles auf einmal haben. Auf dieser Liste finden Sie einige Ziele, die man in der Politik verfolgen kann.				
Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land				
Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung				
Kampf gegen die steigenden Preise				
Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung				
Wenn Sie zwischen diesen verschiedenen Zielen wählen müßten, welches Ziel erschiene Ihnen persönlich <b>am wichtigsten</b> ?	MAT	22,7	27,7	
Und welches Ziel erschiene Ihnen <b>am zweitwichtigsten</b> ?	MIX	61,1	60,4	
	POST	16,2	11,9	0,08

#### 4. Annäherung durch Generationenwechsel?

Unsere Analysen haben gezeigt, daß neun Jahre nach dem Fall der Mauer nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen den gesellschaftspolitischen Wertorientierungen von Ost- und Westdeutschen bestehen. Dieser Befund spricht bei aller gebotenen Vorsicht für das Fortwir-

ken starker Sozialisationseffekte in den neuen Ländern. Damit stellt sich als nächstes die Frage, ob es in absehbarer Zeit zu einer Angleichung der ostdeutschen Wertorientierungen an den Westen kommen kann, oder ob weiterhin eine politische Sonderkultur des Ostens fortbestehen wird. Wie läßt sich diese Frage mit dem vorhandenen Material beantworten?

Aus dem sozialisationstheoretischen Ansatz folgt, daß sich eine Angleichung zwischen Ost und West zuerst bei den jüngeren Bürgern beobachten lassen müßte. Während die Orientierungen derjenigen, deren politische Sozialisation zur Zeit der „Wende“ in der früheren DDR abgeschlossen war, relativ stabil bleiben und sich den veränderten Lebensumständen nur langsam anpassen sollten, rechnen wir damit, daß sich die Orientierungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den neuen Ländern denen ihrer westdeutschen Pendanten annähern, weil beide unter vergleichbaren Bedingungen sozialisiert wurden. Dies sollte insbesondere für die Gruppe der Höhergebildeten gelten, da Bildungseinrichtungen einen erheblichen Einfluß auf die Entwicklung gesellschaftspolitischer Wertorientierungen ausüben und die Lehrpläne rasch den westdeutschen Vorgaben angepaßt wurden.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich die Analysestrategie, die wir in diesem Abschnitt verfolgen: Die wichtigsten der oben beschriebenen Ost-West-Unterschiede werden nun noch einmal getrennt nach Alter und formaler Bildung der Befragten betrachtet. Dabei interpretieren wir das Alter als Proxi-Variable für eine ganze Reihe von Sozialisationserfahrungen, die für bestimmte politische Generationen prägend waren und deren Wertorientierungen nachhaltig beeinflußt haben. Solche Generationeneffekte können wir mit dem uns zur Verfügung stehenden Datenmaterial nicht von etwaigen Lebenszykluseffekten trennen. Für unsere spezielle Fragestellung ist dies aber kein allzu großes Problem: Vor dem Hintergrund von zwei Weltkriegen und vier Regimewechseln im Verlauf von nur 70 Jahren sollten Generationeneffekte eine größere Bedeutung haben als Lebenszykluseffekte.

Zur Einteilung der Deutschen in politische Generationen wurde eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Diese teils hochdifferenzierten Modelle können jedoch für eine statistische Auswertung nicht direkt fruchtbar gemacht werden. Erstens unterscheiden sich die jeweiligen Stichdaten für Ost- und Westdeutschland, zweitens sind die Gruppen so eng definiert, daß sich allein aufgrund der niedrigen Fallzahlen in einer repräsentativen Stichprobe keine signifikanten Differenzen mehr nachweisen lassen. Deshalb haben wir uns für eine Einteilung der Altersgruppen entschieden, die sich an pragmatischen Kriterien orientiert: Für unsere Analyse besonders interessant ist die Gruppe der 16-30 Jährigen, weil diese ihre politisch formative Phase (ca. Ende des ersten bis Ende des zweiten Lebensjahrzehntes) bereits teilweise oder ganz im vereinigten Deutschland erlebt hat. Die Befragten der Geburtsjahrgänge 1968-1982

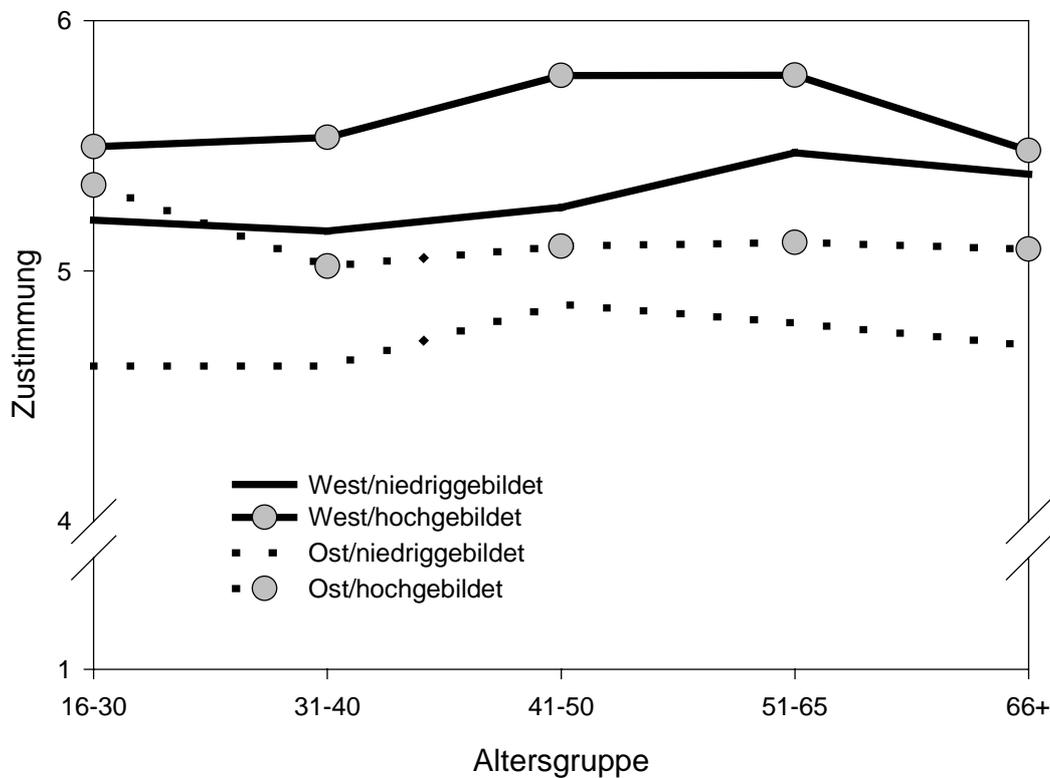
wurden deshalb dieser ersten Altersgruppe zugeordnet. Die übrigen Intervalle (31-40, 41-50, 51-65, älter als 65, was den Geburtsjahrgängen 1958-1967, 1948-1957, 1933-1947 sowie 1906-1932 entspricht) wurden so gewählt, daß in etwa gleich große Gruppen gebildet werden konnten, die zugleich theoretisch nicht unplausibel sind. Eine stärkere Differenzierung wäre insbesondere im Falle der älteren Befragten wünschenswert, scheitert aber an der geringen Zahl der Fälle.

Auch der formalen Bildung der Befragten ordnen wir per se keine Erklärungskraft zu. Vielmehr steht der erreichte Bildungsabschluß nach unserem Verständnis ebenfalls als Proxi-Variable stellvertretend für eine Reihe sekundärer Sozialisationsprozesse, in denen insbesondere höhere Bildungsinstitutionen (Gymnasien und Universitäten) eine zentrale Rolle spielen. Wegen der besonderen Bedeutung der höheren Bildungseinrichtungen wurden die formalen Bildungsabschlüsse dichotomisiert, d.h., alle Abschlüsse unterhalb des Abiturs wurden als „niedrig“, Hochschulreife und ggf. Hochschulabschlüsse als „hoch“ kodiert. Eine weitere sozio-demographische Variable, die stellvertretend für Sozialisationsprozesse stehen kann, nämlich das Geschlecht, bleibt unberücksichtigt, da sich in unseren Analysen keine substantiellen Zusammenhänge mit den hier betrachteten Orientierungen gezeigt haben.

Die hier präsentierten Ergebnisse beruhen auf Varianzanalysen (ANOVA), in denen die jeweiligen Wertorientierungen auf die Kombination der Faktoren Region, Generation und Bildungsschicht zurückgeführt werden. Zur Darstellung der Ergebnisse verwenden wir im folgenden statt der in unserem Falle recht umfangreichen ANOVA-Tabellen sogenannte Profildiagramme, mit deren Hilfe sich die für unsere Fragestellung besonders interessanten Interaktionen zwischen den unabhängigen Variablen anschaulich und kompakt darstellen lassen. Bei den Eintragungen handelt es sich um Modellschätzungen für die Gruppenmittelwerte. Im Mittel können rund zehn Prozent der Varianz in den Wertorientierungen auf die drei Faktoren und ihre Interaktionen zurückgeführt werden.

#### **4.1 Demokratische Werte**

Abbildung 1 zeigt das Profildiagramm für die Bewertung der Demokratie als Staatsidee. Eine Reihe von Effekten ist klar zu erkennen. Zunächst sticht der aus der bivariaten Betrachtung bekannte Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen ins Auge.



**Abbildung 1: Bewertung der Demokratie als Idee nach Region, Alter und formaler Bildung**

Im Osten (durchbrochene Linien) findet die Demokratie als Idee generell weniger Unterstützung als im Westen (durchgezogene Linien). Eine Ausnahme bilden hier lediglich die jungen Hochgebildeten, auf die wir weiter unten ausführlicher eingehen. Zweitens zeigt sich in beiden Regionen ein recht ausgeprägter Bildungseffekt. Sowohl im Westen als auch im Osten wird die Idee der Demokratie von Bürgern mit Hochschulreife deutlich höher geschätzt. Dies gilt für alle Altersgruppen, allerdings variiert die Stärke des Effektes zwischen den Generationen. Drittens schließlich fällt auf, daß die Unterstützung für die Demokratie bei den 40 bis 65-Jährigen im Westen leicht ansteigt. Ob es sich hier um einen Lebenszyklus- oder einen Generationen-Effekt handelt, ist mit dem uns zur Verfügung stehenden Datenmaterial nicht zu klären. Beides erscheint plausibel. Einerseits ist in diesem Lebensabschnitt das Ausmaß der sozialen Integration besonders hoch, was nicht nur zu der vielfach nachgewiesenen höheren Partizipationsbereitschaft, sondern auch zu einer intensiveren Unterstützung demokratischer

Werte führen könnte. Andererseits finden sich in beiden Altersgruppen Angehörige der 68er-Generation, die sich der Demokratie in besonderer Weise verbunden fühlen dürften.

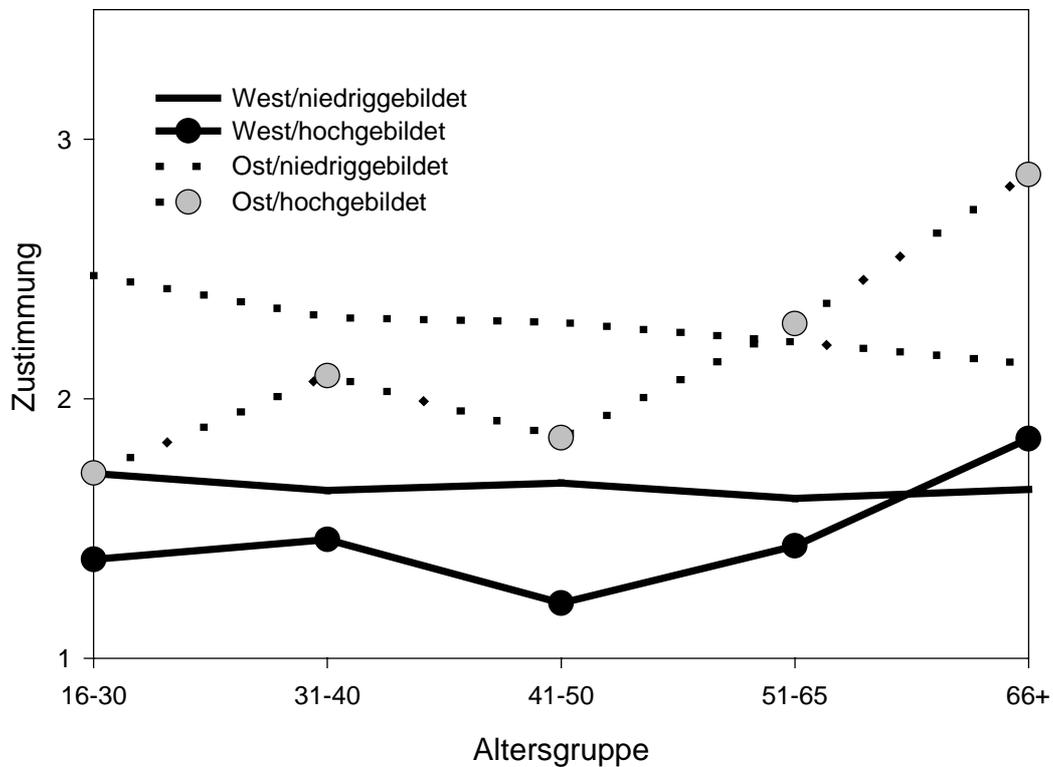
Am wichtigsten für unsere Fragestellung ist jedoch die von uns prognostizierte Annäherung zwischen jungen Ost- und Westdeutschen. Eine solche Tendenz läßt sich tatsächlich nachweisen, beschränkt sich aber auf die Untergruppe der Hochgebildeten. In dieser Subgruppe ist auf dem Fünfprozent-Niveau kein signifikanter<sup>8</sup> Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen zu beobachten. Durchaus beunruhigend ist dagegen das geringe Ausmaß an Unterstützung für die Demokratie bei den niedriggebildeten jungen Ostdeutschen. Von allen analysierten Gruppen weisen sie die geringste Verbundenheit mit der Idee der Demokratie auf. Vor dem Hintergrund der oft gewalttätigen Ausländerfeindlichkeit vieler ostdeutscher Jugendlicher stellt sich hier die Frage, ob die Integration dieses Bevölkerungsteiles in das neue demokratische System zu scheitern droht.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage, ob eine Diktatur unter Umständen die bessere Staatsform sei (vgl. Abbildung 2). Auch hier nähern sich die hochgebildeten jungen Ostdeutschen tendenziell der westdeutschen Vergleichsgruppe an, die der Demokratie einen hohen Wert zuspricht und autoritäre Ordnungsmodelle stark ablehnt. Die weniger gut gebildeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen hingegen scheinen sich eher mit der Vorstellung einer Diktatur anfreunden zu können. Für sie stellt Demokratie offensichtlich keinen absoluten Wert dar.

Bemerkenswert ist darüber hinaus der dramatische Anstieg an Zustimmung bei den hochgebildeten älteren Befragten, insbesondere in den neuen Ländern. Der häufig nachgewiesene Zusammenhang zwischen hoher formaler Bildung und demokratischen Orientierungen kehrt sich in dieser Altersgruppe um. Dieser Befund läßt sich plausibel darauf zurückführen, daß die Befragten zu Zeiten („Drittes Reich“, DDR vor dem Mauerbau) sozialisiert wurden, in denen in den höheren Bildungseinrichtungen eher autoritäre als demokratische Werte vermittelt wurden und Übereinstimmung mit den Zielen des jeweiligen (undemokratischen) Regimes ein Kriterium bei der Auswahl der Schüler war.

---

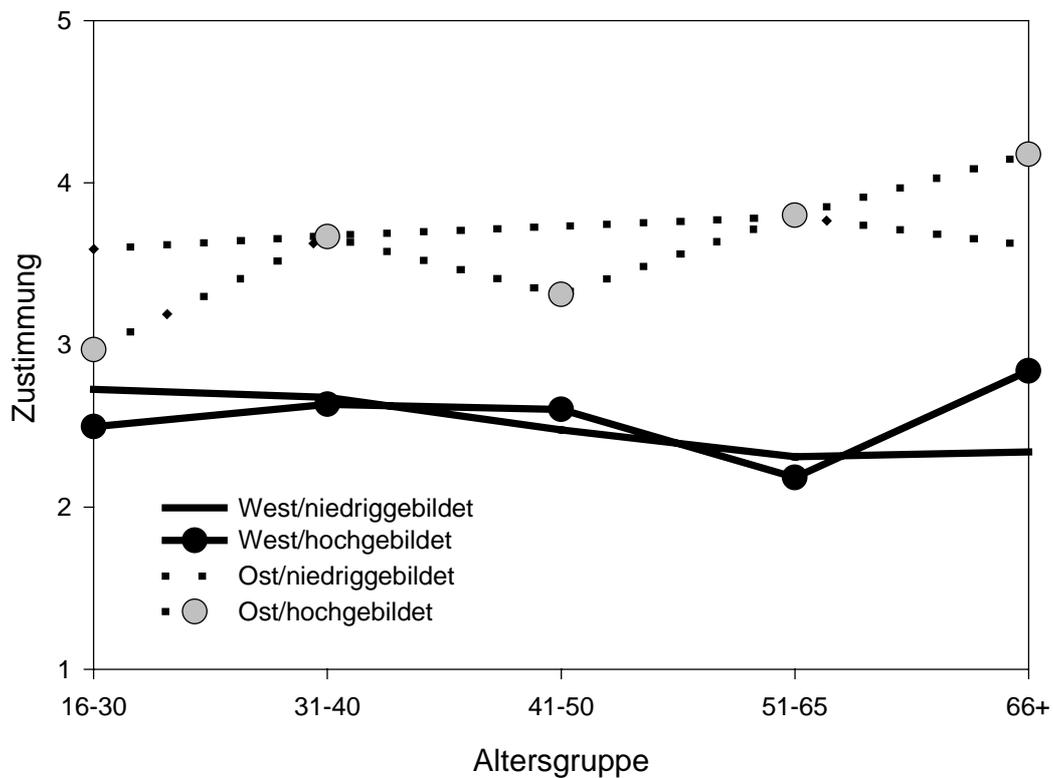
<sup>8</sup> Alle Aussagen über eine Annäherung bzw. über Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen sind statistisch abgesichert, ohne daß wir im folgenden gesondert darauf hinweisen. Wegen der großen Zahl möglicher Vergleiche zwischen den 20 Subgruppen, die in jeder einzelnen Varianzanalyse betrachtet werden, haben wir bei der Durchführung der Signifikanztests die Bonferroni-Korrektur für multiple Gruppenvergleiche verwendet.



**Abbildung 2: „Diktatur unter Umständen besser“ nach Region, Alter und formaler Bildung**

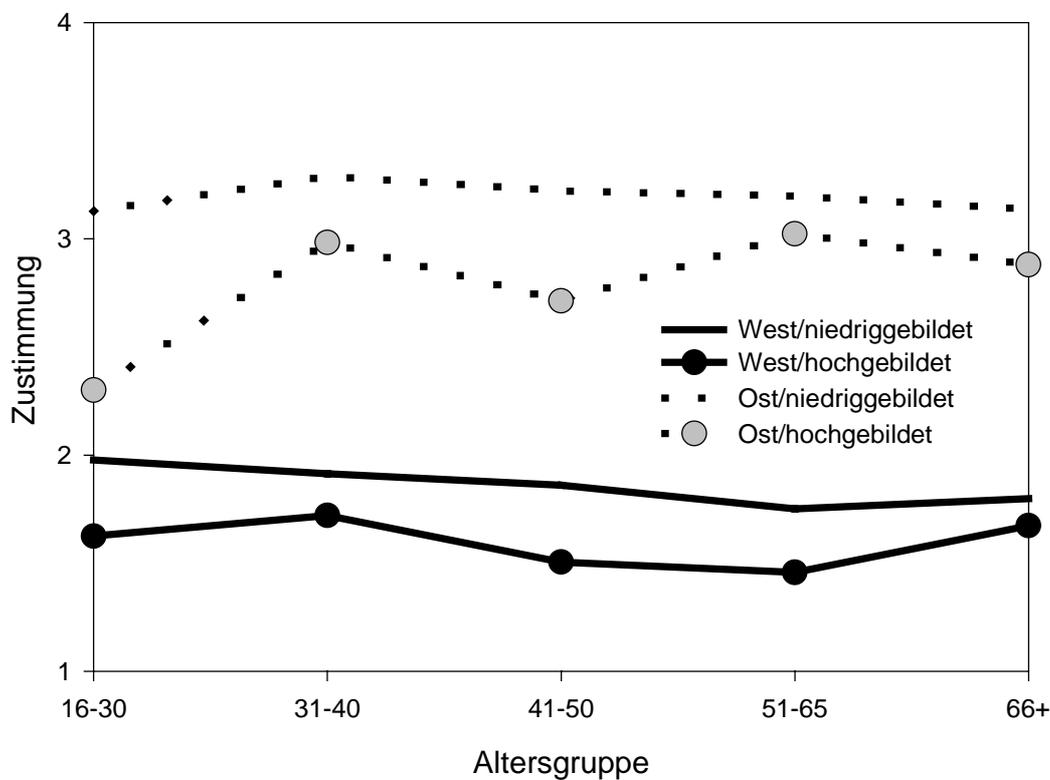
#### 4.2 Staatsziele, Wirtschafts- und Sozialordnung

In der bivariaten Analyse haben wir bezüglich der gewünschten Wirtschafts- und Sozialordnung nach wie vor drastische Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen nachweisen können. Dies gilt auch, wenn man Alter und formale Bildung als Kontrollvariablen einführt, wie aus Abbildung 3 hervorgeht. Insbesondere im Westen wird die Idee des Sozialismus über alle Alters- und Bildungsgruppen hinweg nahezu einhellig abgelehnt.



**Abbildung 3: Bewertung des Sozialismus nach Region, Alter und formaler Bildung**

Umgekehrt wird die Idee des Sozialismus von den ostdeutschen Befragten im Mittel fast durchgängig positiv bewertet. Auch hier ist jedoch wieder in der jüngsten Altersgruppe eine Annäherung der Hochgebildeten an die westdeutsche Vergleichsgruppe zu beobachten, während sich die niedriggebildeten jungen nicht von den älteren Ostdeutschen unterscheiden.



**Abbildung 4: Bewertung der DDR nach Region, Alter und formaler Bildung**

Die Verhältnisse werde noch deutlicher, wenn man einen Indikator verwendet, der nicht auf ein abstraktes Prinzip abzielt, sondern sich einer real existierenden Gesellschaft als Referenzpunkt bedient, um Wertorientierungen zu erheben. Mit dem Item „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ wird so die konkrete Umsetzung der sozialistischen Idee in Gestalt des zweiten deutschen Staates zum Objekt eines Werturteils. Dieser Indikator ist keineswegs unproblematisch, weil er natürlich auch von nostalgischen Gefühlen und/oder utopischen Vorstellungen, die möglicherweise im Rückblick aufkommen, beeinflusst werden könnte. Andererseits ist das Item aber recht hart formuliert – gefragt wurde nicht etwa, ob die DDR auch Vorzüge gehabt habe, sondern ob die guten die schlechten Seiten *überwogen* haben. Deshalb ist es unseres Erachtens nach ein valider Indikator für die zugrundeliegende Wertdimension.

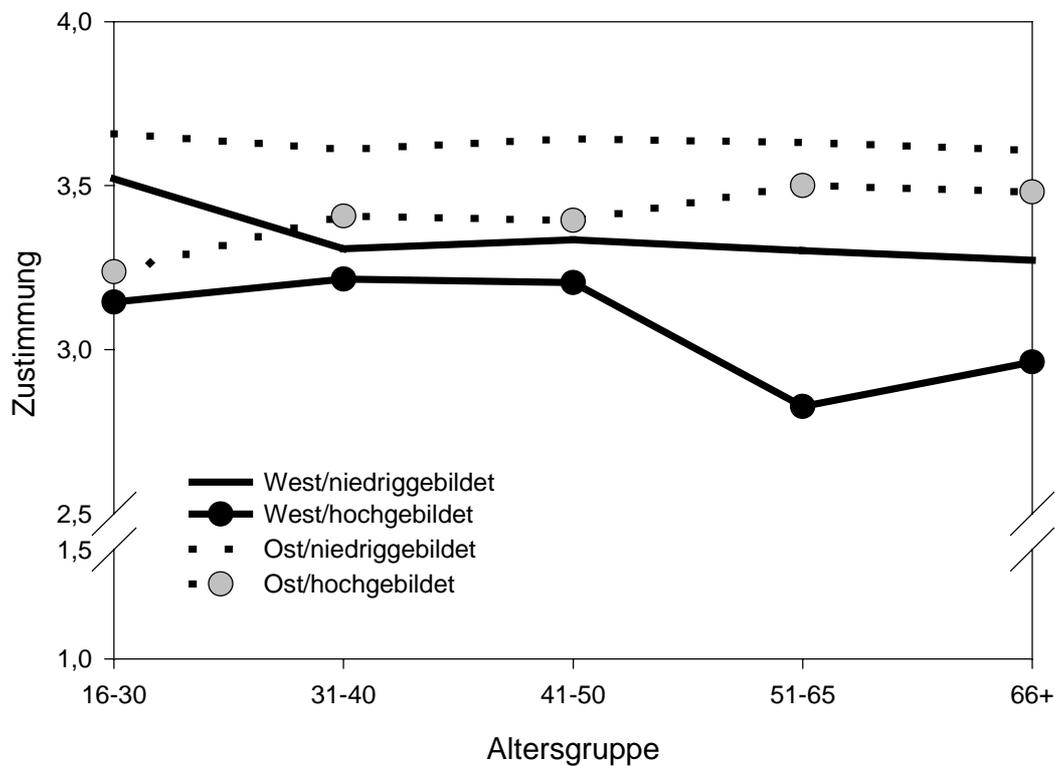
Im Ergebnis zeigt sich erneut, daß selbst dann eklatante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen fortbestehen, wenn Alter und Bildung kontrolliert werden (vgl. Abbildung 4). Im Westen stehen Niedriggebildete der untergegangenen DDR zwar etwas wohlwollender gegenüber als Personen mit einem höheren Bildungsabschluß. Möglicherweise bewerten sie

die DDR wegen ihres ausgebauten Sozialsystems etwas positiver. Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen aber relativ gering. Auch die Generationenzugehörigkeit spielt in dieser Frage so gut wie keine Rolle. Die DDR wird von den Westdeutschen über alle Gruppen hinweg negativ bewertet.

Die neuen Bundesbürger hingegen sehen ihren früheren Staat erstaunlich positiv. Die durchschnittliche Zustimmung zu diesem Item liegt in allen Gruppen weit über den westdeutschen Vergleichswerten und damit häufig im Bereich einer eher zustimmenden Antwort. Dabei ist jedoch die Sonderstellung der Hochgebildeten in der jüngsten ostdeutschen Altersgruppe noch deutlicher zu erkennen als bei den bisher analysierten Items. Sie heben sich klar von den übrigen Generationen ab, zwischen denen wiederum kaum substantielle Unterschiede bestehen. Bei den niedrigergebildeten Ostdeutschen hingegen sind generell keine Effekte der Generationenzugehörigkeit zu erkennen. Selbst die jüngsten Angehörigen dieser Bildungsschicht, die nur wenige oder gar keine eigenen politischen Erfahrungen mit dem System der DDR gesammelt haben, befürworten im Mittel die Aussage, die DDR habe mehr gute als schlechte Seiten gehabt. Hier zeigt sich unserer Meinung nach wiederum Anzeichen einer bedenklichen „Transformation ohne Integration“ (Gensicke 1998).

Wenn gesellschaftspolitische Wertorientierungen nicht über die Bewertung abstrakter Prinzipien, sondern über die Einstellung gegenüber konkreten Politikzielen ermittelt wurden, ergaben sich in der bivariaten Analyse durchweg etwas geringere Differenzen zwischen den Bürgern in den alten und den neuen Ländern. Noch am stärksten ausgeprägt waren die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen beim letzten Item aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialordnung, das wir hier analysieren wollen: der Frage, ob der Staat einen „Arbeitsplatz für jeden, der arbeiten will“ bereitstellen sollte. In multivariater Betrachtungsweise ergibt sich für dieses Item ein äußerst differenziertes Bild (vgl. Abbildung 5).

Zunächst läßt sich festhalten, daß neben der bekannten Ost-West-Differenz ein deutlicher Bildungseffekt auftritt. Beide Effekte werden aber in erheblichem Umfang durch die Generationenzugehörigkeit modifiziert. Hochgebildete westdeutsche Befragte, die vor 1948 geboren wurden, stehen einer staatlichen Arbeitsbeschaffungspolitik stärker ablehnend gegenüber als alle anderen Befragten, während die entsprechenden Orientierungen der niedrigergebildeten Westdeutschen von Generationeneffekten kaum beeinflußt werden.

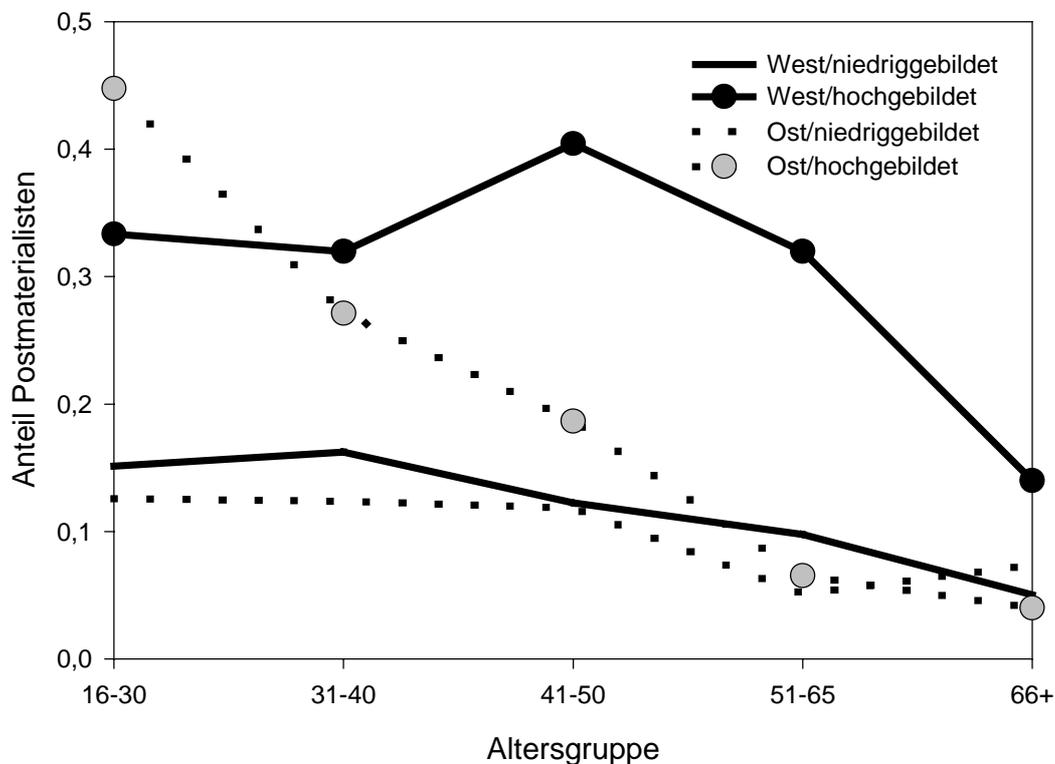


**Abbildung 5: Staatliche Verantwortung für Vollbeschäftigung nach Region, Alter und formaler Bildung**

Dies gilt jedoch nicht für die jüngste Altersgruppe. Hier nähern sich die niedriggebildeten Westdeutschen ihren Altersgenossen in den neuen Ländern an, während sich umgekehrt die Orientierungen der hochgebildeten Ostdeutschen nicht signifikant von denen ihrer westdeutschen Pendanten unterscheiden. In dieser Altersgruppe hat Bildung einen wesentlich stärkeren Effekt als die regionale Zugehörigkeit.

### 4.3 Inglehart-Index

Abschließend betrachten wir den Anteil der Postmaterialisten, also der eigentlichen Träger des von Inglehart beschriebenen kulturellen Wandlungsprozesses, in den einzelnen Alters- und Bildungsgruppen.



**Abbildung 6: Anteil der Postmaterialisten nach Region, Alter und Geschlecht**

Dabei zeigt sich, daß in der Gruppe der Niedriggebildeten praktisch *keine* signifikanten Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesbürgern auftreten. Innerhalb der entsprechenden Altersgruppen unterscheiden sich die Anteilswerte jeweils nur um wenige Prozentpunkte. Unterhalb eines gewissen Niveaus an formaler Bildung sind die Westdeutschen nur geringfügig „postmaterialistischer“ als die Ostdeutschen. Darüber hinaus fällt auf, daß der Anteil der Postmaterialisten auch in den jüngeren Altersgruppen kaum über dem Wert für die älteren Generationen liegt. Die Ausbreitung postmaterialistischer Wertorientierungen in der Generationenfolge, die Inglehart beschreibt, erstreckt sich also bislang offensichtlich nicht auf die große Gruppe der Menschen ohne höheren Bildungsabschluß. Dieser Befund steht in Einklang mit neueren Überlegungen, nach denen das Inglehart-Instrument vor allem die Unterstützung demokratischer Werte mißt, die in den Gymnasien und Hochschulen vermittelt werden (Warwick 1998).

Ein erstaunliches Bild ergibt sich für die Hochgebildeten. Im Verlaufe dieser Analyse haben wir bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß sich die Wertorientierungen der jungen hoch-

gebildeten Ostdeutschen tendenziell denen der westdeutschen Vergleichsgruppe annähern. Was nun den Wandel hin zu postmaterialistischen Werten betrifft, sind die jungen Ostdeutschen aber sogar moderner bzw. in Inglehart neuer Terminologie „postmoderner“ als ihre Altersgenossen aus den alten Ländern. Mit rund 45 Prozent weisen sie den höchsten Anteil an Postmaterialisten unter allen untersuchten Gruppen auf. Der Vergleichswert für Westdeutschland hingegen liegt bei lediglich 33 Prozent. Im übrigen zeigt sich bei den Hochgebildeten im Osten exakt das von Inglehart beschriebene Muster des generationalen Wertewandels: Jede Altersgruppe weist einen höheren Anteil an Postmaterialisten auf als die vorangegangene, der Trend ist dabei fast linear.

Im Westen hingegen zeigt sich ein etwas anderes Muster. Hier finden sich die meisten Postmaterialisten in der Altersgruppe, die zwischen 1948 und 1957 geboren wurde. Sowohl die vorangegangene als auch die beiden folgenden Altersgruppen weisen einen etwas niedrigeren Anteil an Postmaterialisten auf. Aus Inglehartscher Perspektive ließe sich argumentieren, daß die Angehörigen der ersten Nachkriegsgeneration als echte Kinder des Wirtschaftswunders in ihrer formativen Phase einen bis dahin unbekanntem materiellen Wohlstand erlebt haben und sich deshalb nun an postmateriellen Werten orientieren. Da sich die wirtschaftliche Lage in Westdeutschland trotz der „Rezession“ von 1966/67 und der beiden Ölkrisen in den 70er Jahren zumindest bis zum Beginn der 80er Jahre nicht nennenswert verschlechtert hat, müßte dies aber auch für spätere Generationen gelten. Plausibler erscheint uns deshalb die Überlegung, daß für diese Generation tertiäre Sozialisierungseffekte im Erwachsenenleben wie etwa die Postadoleszenz in den späten 60er und frühen 70er Jahren und vor allem eine Tätigkeit in den von Kitschelt beschriebenen symbolproduzierenden und sozialpflegerischen Berufen im öffentlichen Sektor, der während der 70er Jahre stark ausgebaut wurden, eine Rolle gespielt haben müssen.

Ein weiterer Befund, der sich im Ost-West-Vergleich der Hochgebildeten zeigt, spricht ebenfalls gegen Ingleharts Hypothese, daß allein Überfluß und Mangel während einiger weniger formativer Jahre über die späteren Wertorientierungen entscheiden: Selbst in der Gruppe der vor 1933 Geborenen ist der Anteil der Postmaterialisten im Westen jeweils eklatant höher als im Osten, obwohl die Angehörigen dieser Generation unter identischen Bedingungen sozialisiert wurden.

## 5. Exkurs: Stabilität und Wandel von Wertorientierungen

Für die zukünftige Entwicklung der politischen Kultur des vereinten Deutschlands ist die Frage nach Stabilität und Wandel von Wertorientierungen von zentraler Bedeutung. Falls sich, wie von der klassischen Sozialisationstheorie vermutet, Wertorientierungen in erster Linie während einer relativ kurzen formativen Phase herausbilden und dann im Lebensverlauf weitgehend stabil bleiben, könnte es – wenn überhaupt – nur durch generationalen Wandel zu einer Annäherung zwischen beiden Regionen kommen. Denkbar wäre in diesem Falle aber auch, daß nachwachsende Generationen wiederum spezifisch ostdeutsche Wertorientierungen erwerben und auf diese Weise ein geschlossenes Milieu entstünde.<sup>9</sup> In beiden Fällen gerieten größere Teile der ostdeutschen Bevölkerung auf Dauer in die Position einer Minderheit, und die politische Kultur Deutschlands bliebe auf Jahrzehnte hinaus gespalten. Sollten sich Wertorientierungen jedoch auch auf *individueller* Ebene wandeln, wenn sich die Lebensumstände ändern, könnte es prinzipiell zu einer rascheren Annäherung zwischen Ost und West kommen. Um die langfristige Entwicklung von Wertorientierungen zu untersuchen, sind die uns zur Verfügung stehenden Panel-Daten sicher nicht optimal, weil sie lediglich zwei Wellen beinhalten, die einen Zeitraum von nur vier Jahren umspannen. Mit diesem Material läßt sich jedoch ein asymmetrischer Test der beiden konkurrierenden Hypothesen vornehmen: Wenn sich bereits innerhalb dieses relativ kurzen Zeitraumes größere individuelle Schwankungen in den Wertorientierungen zeigen, ist die Hypothese, daß Wertorientierungen nach dem Abschluß der sekundären Sozialisation stabil bleiben, falsifiziert. Sollten sich die Wertorientierungen hingegen in dem von uns untersuchten Zeitraum als weitgehend stabil erweisen, spricht dies noch nicht dagegen, daß in bestimmten Phasen des Lebenszyklus – etwa nach dem Eintritt ins Berufsleben, bei der Gründung einer Familie, dem Eintritt in eine Partei oder nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben – tertiäre Sozialisationseffekte auftreten können. Eine erste Möglichkeit, sich der Frage nach der Stabilität von Wertorientierungen in einem zweiwelligen Panel anzunähern, ist die Berechnung von Stabilitätskoeffizienten. Dabei handelt es sich schlicht um Zusammenhangsmaße (in unserem Falle Somers'  $D^{10}$ ), die die Stärke der Beziehung zwischen den Meßwerten einer Variable zu den beiden verschiedenen Zeitpunkten beschreiben. Hohe Werte für diese Koeffizienten sind dabei keineswegs mit absoluter Stabilität der gemessenen Variablen gleichzusetzen, da auch eine generelle Zu- bzw. Abnah-

---

<sup>9</sup> Gegen diese zweite Überlegung spricht allerdings die von uns im vorangegangenen Abschnitt beschriebene Annäherung zwischen den jüngeren Hochgebildeten, die mittlerweile zu beobachten ist.

<sup>10</sup> Bei der Berechnung von  $D$  wurde der Meßwert aus der zweiten Befragungswelle als abhängige Variable betrachtet.

me der Variablenwerte in der zweiten Welle als starker Zusammenhang zwischen beiden Meßwerten zu interpretieren ist.

**Tab. 4: Stabilität von Wertorientierungen im Panel (Somers` d)**

	Gesamt	West	Ost
„Diktatur unter Umständen besser“	0,20	0,16	0,16
„Gruppeninteressen sollen sich unterordnen“	0,15	0,13	0,11
„Opposition notwendig“	0,15	0,17	0,12
„Sozialismus gute Idee“	0,29	0,15	0,22
Inglehart-Index	0,21	0,26	0,15

Zusammenhangsmaße beziehen sich vielmehr auf die *relative* Stabilität der gemessenen Größe, d.h. sie geben Auskunft darüber, welchen Einfluß die frühere Ausprägung der Variablen überhaupt auf den in der zweiten Welle gemessenen Wert hat. Tabelle 4 zeigt in der linken Spalte die entsprechenden Koeffizienten für die Wertorientierungen, die in beiden Panelwellen erhoben wurden. Angesichts der Tatsache, daß Wertorientierungen als dauerhaft stabil gelten, erscheinen diese Koeffizienten mit Beträgen zwischen 0,15 (Antipluralismus und Rolle der Opposition) und 0,29 (Bewertung der sozialistischen Idee) als außerordentlich niedrig. Lassen sich diese ungewöhnlich niedrigen gesamtdeutschen Werte darauf zurückführen, daß sich im Osten eine Transformation der politischen Kultur vollzieht und die Wertorientierungen der Ostdeutschen deshalb einem größeren Wandel unterworfen sind, während diejenigen der Bürger in den alten Ländern stabil bleiben? Eine getrennte Berechnung der Stabilitätskoeffizienten für die alten und die neuen Bundesländer (mittlere und rechte Spalte in Tabelle 4) widerlegt diese Vermutung. Vielmehr zeigt sich, daß sich Ost- und Westdeutsche hinsichtlich der gemessenen Stabilität ihrer Wertorientierungen kaum unterscheiden. Eine Ausnahme scheinen lediglich die Bewertung des Sozialismus und der Inglehart-Index zu bilden. Auch diese Differenzen sind aber auf dem Fünfprozent-Niveau<sup>11</sup> nicht signifikant. Für beide Regionen gilt, daß die 1998 gemessenen Wertorientierungen nur in einem schwachen Zusammenhang mit den Meßwerten aus dem Jahr 1994 stehen.

In beiden Regionen Deutschlands rangiert somit die relative Stabilität der von uns gemessenen *Wertorientierungen* erheblich unter dem, was man bereits im Falle gewöhnlicher *Einstel-*

<sup>11</sup> Der Signifikanztest beruht auf den asymptotischen Standardfehlern der jeweiligen Koeffizienten. Um unsere Ergebnisse zusätzlich abzusichern, haben wir für den Stabilitätskoeffizienten des Inglehart-Index, bei dem sich die größten Differenzen zwischen Ost und West zeigen, Standardfehler und Konfidenzintervalle noch einmal nach dem Bootstrap-Verfahren (1000 Replikationen) berechnet. Hierbei ergeben sich sogar geringfü-

lungen erwarten könnte: In einem klassischen Text berichtet beispielsweise Converse für Einstellungen gegenüber spezifischen issues (Militärhilfe für fremde Staaten, Entwicklungshilfe etc.), die im individuellen Überzeugungssystem eine deutlich weniger zentrale Rolle<sup>12</sup> spielen sollten als Wertorientierungen, Stabilitätskoeffizienten,<sup>13</sup> die wesentlich höher, nämlich in einem Bereich zwischen 0,29 und 0,48 liegen (Converse 1964: 240). Selbst wenn man berücksichtigt, daß Converse sich dabei auf ein Zwei- und nicht auf ein Vier-Jahres-Panel bezieht, scheinen die von uns gemessenen Orientierungen ungewöhnlich instabil zu sein. Seinem numerischen Betrag nach entspricht D in etwa dem Pearsonschen Korrelationskoeffizienten.<sup>14</sup> Orientiert man sich an dieser Vergleichsbasis, dann können die 1994 gemessenen Wertorientierung lediglich ca. zwei bis acht Prozent der 1998 gemessenen Wertorientierungen erklären.

Unklar ist nun, ob dieser erstaunliche Mangel an Stabilität darauf zurückzuführen ist, daß die Wertorientierungen entgegen der theoretischen Erwartung im Lebensverlauf erratischen Schwankungen unterliegen, oder ob die von uns verwendeten Indikatoren eine niedrige Reliabilität aufweisen. Obwohl dieses Problem mit den uns zur Verfügung stehenden Daten nicht lösbar ist, ergibt sich aus den Überlegungen von Converse und anderen eine Möglichkeit, noch etwas Licht in das Dunkel zu bringen. Nach Converse sollten nämlich die Vertreter der „kognitiven Elite“ über klarer strukturierte, elaborierte und daher stabilere Überzeugungssysteme verfügen als die Angehörigen der „kognitiven Masse“. Die Zugehörigkeit zur kognitiven Elite läßt sich für unsere Zwecke über die beiden Indikatoren „politisches Interesse“ und „formale Bildung“ operationalisieren. Das politische Interesse steht dabei für die Motivation, die formale Bildung für die Fähigkeit, ein konsistentes Einstellungssystem zu entwickeln.

Auch wenn Wertorientierungen wesentlich volatiler sein sollten, als allgemein angenommen wird, sollten zumindest die Angehörigen der kognitiven Elite in der Lage sein, relativ stabile gesellschaftspolitische Wertorientierungen zu entwickeln und diese in einer Interviewsituation auch mitzuteilen. Deshalb haben wir die Stichprobe nach diesen Merkmalen aufgeteilt<sup>15</sup> und

---

gig breitere Konfidenzintervalle. Deshalb könne wir mit großer Sicherheit davon ausgehen, daß auch bei der Stabilität des Inglehart-Index keine signifikanten Ost-West-Unterschiede bestehen.

<sup>12</sup> Zentrale Einstellungen erweisen sich als resistent gegenüber Veränderungen, wenn es zu Widersprüchen im System der Überzeugung kommt (vgl. Converse 1964: 208). Wertorientierungen sollten eine besonders hohe Zentralität aufweisen, da sie untergeordnete Einstellungen strukturieren (vgl. van Deth/Scarborough 1995: 41).

<sup>13</sup> Converse verwendet statt Somers' D den Koeffizienten  $\tau_b$ . Für die von uns untersuchten Orientierungen nehmen beide Maße jedoch praktisch identische Werte an.

<sup>14</sup> Der genaue Zusammenhang zwischen D und r wird von der Zahl der Kategorien und den Lageparametern der beiden Verteilungen beeinflusst. In unserem Fall sind D und r vom Betrag her beinahe identisch. Über die fünf hier betrachteten Wertorientierungen hinweg weist r einen im Mittel 0,03 Punkte höheren Betrag auf.

<sup>15</sup> Beide Variablen wurden dichotomisiert: Befragten mit einem „sehr hohen“ oder „hohen“ politischen Interesse wurde der Werte 1 zugewiesen, alle anderen erhielten den Wert 0. Bei den Bildungsabschlüssen wurde wie

noch einmal die Stabilitätskoeffizienten berechnet. Tabelle 5 zeigt, daß tatsächlich ein genereller Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer kognitiven Elite und der Stabilität von Wertorientierungen besteht. Allerdings bleiben selbst bei den Angehörigen der kognitiven Elite (hohe Bildung und hohes politisches Interesse) die Stabilitätsmaße weit unter den Werten, die Converse (1964: 240) für eine langfristig stabile *Einstellung*, nämlich die Parteiidentifikation,<sup>16</sup> berichtet. In einem Fall (Opposition notwendig) kehrt sich der Zusammenhang sogar um: Hier sind die Orientierungen der Hochgebildeten völlig volatil. Etwaige Ost-West-Effekte scheiden als Erklärung aus: Selbst wenn man die Region als zusätzliche Kontrollvariable einführt, ändert sich das Bild nicht substantiell.

**Tab. 5: Stabilität von Wertorientierungen im Panel nach politischem Interesse und formaler Bildung (Somers` d)**

	<i>politisches Interesse:</i>		<i>hoch</i>	
	<i>niedrig</i>	<i>hoch</i>	<i>niedrig</i>	<i>hoch</i>
	<i>Bildung:</i>			
	<i>niedrig</i>	<i>hoch</i>	<i>niedrig</i>	<i>hoch</i>
„Diktatur unter Umständen besser“	0,15	0,15	0,17	0,37
„Gruppeninteressen sollen sich unterordnen“	0,08	0,19	0,16	0,25
„Opposition notwendig“	0,11	0,24	0,06	0,00
„Sozialismus gute Idee“	0,23	0,39	0,35	0,38
Inglehart-Index	0,12	0,19	0,21	0,34

Daß die Wertorientierungen der kognitiven Elite derart instabil sein sollen, erscheint uns wenig plausibel. Da sich trotz dieser erratischen Schwankungen die oben beschriebenen, deutlichen und über zahlreiche Indikatoren hinweg konsistenten Effekte der beiden Variablen Generationszugehörigkeit und formale Bildung auf die Wertorientierungen nachweisen lassen, gehen wir davon aus, daß in erster Linie die Reliabilität der von uns verwendeten Einzelindikatoren zu wünschen übrig läßt.<sup>17</sup> Zwar existieren mathematische Modelle, mit denen die um den Effekt der Meßfehler bereinigte Stabilität einer latenten Variablen geschätzt werden kann (Jörreskog/Sörbom 1993: 29). Diese setzen aber voraus, daß für die entsprechende Variable

in Abschnitt 4 verfahren. Zur kognitiven Elite zählen nach dieser Operationalisierung 15,5 Prozent der Befragten, das entspricht 327 Fällen.

<sup>16</sup> Die von Converse mitgeteilte tau-b-Korrelation liegt bei rund 0,72.

<sup>17</sup> Zumindest für das Inglehart-Instrument läßt sich diese Vermutung mit Hilfe einer zweiten Datenquelle, des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP), überprüfen. In den Jahren 1984, 1985 und 1986 war der Inglehart-Index im variablen Teil des SOEP-Frageprogramms enthalten. Berechnet man für diese drei Wellen die Stabilitätskoeffizienten, so ergeben sich Werte, die im Bereich zwischen 0,35 und 0,39 (nicht tabellarisch ausgewiesen) und damit nur unwesentlich höher als in unserer eigenen Studie liegen. Auch hier beträgt die erklärte Varianz lediglich 12 bis 16 Prozent, was mit dem Konzept langfristig stabiler Wertorientierungen nicht zu vereinbaren ist.

mehrere Indikatoren zur Verfügung stehen, was in unserem Fall für die erste Panel-Welle nicht gegeben ist. Damit stellt sich das klassische Basissatzproblem: Auf der Grundlage der uns zur Verfügung stehenden Daten läßt sich nicht entscheiden, ob unsere Befunde eher gegen die Kerntheorie oder gegen die Meßtheorie sprechen.

Unabhängig davon, ob Kern- oder Meßtheorie fehlerbehaftet sind, ist es angesichts der niedrigen *relativen* Stabilität der Meßergebnisse nicht sinnvoll, auf individueller Ebene Differenzen zwischen den Ergebnissen beider Panelwellen zu berechnen bzw. entsprechende Regressionsmodelle zu schätzen. Deshalb können wir keine im eigentlichen Sinne statistisch abgesicherte Aussagen über Stabilität und Wandel der Wertorientierungen im vereinigten Deutschland treffen. Die von uns auf der Grundlage der Querschnittserhebung von 1998 zusammengestellten Ergebnisse liefern jedoch einige starke Indizien dafür, daß die weiterhin bestehenden Unterschiede in den Wertorientierungen von Ost- und Westdeutschen vor allem auf Sozialisationseffekte zurückzuführen sind und sich beide Regionen einander in erster Linie durch die Generationenfolge annähern werden, wobei den Schulen und Hochschulen als Sozialisationsinstanzen eine Schlüsselrolle zukommt.

## **6. Zusammenfassung**

Während man unmittelbar nach der Wiedervereinigung davon ausgegangen war, daß in der DDR gesellschaftspolitische Wertorientierungen aus der Nachkriegszeit *konserviert* worden seien, so zeigte sich bald, daß auch in der DDR ein Wertewandel stattgefunden hatte. Dieser hatte jedoch offensichtlich einen anderen Verlauf als in der Bundesrepublik genommen. Denn bis zur Mitte der 90er Jahre häuften sich die empirischen Belege dafür, daß die ehemaligen DDR-Bürger zwar dem Wert der Demokratie generell positiv gegenüber standen, zugleich aber den Wert der Gleichheit viel stärker betonten als die Westdeutschen und dementsprechend das Modell eines redistributiven Staates, der massiv in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eingreift, bevorzugen. Damit war die Hypothese einer *Konvergenz* von ost- und westdeutschen Wertorientierungen falsifiziert. Seitdem dominiert in der Forschung die Annahme, daß die Wertorientierungen der Bürger in den neuen Ländern in einem spezifisch ostdeutschen *Sozialisationsprozeß* erworben wurden und sich dementsprechend als relativ stabil erweisen sollten.

Ausgangspunkt unserer Analyse war deshalb die Frage, in welchem Umfang sich Ost- und Westdeutsche am Ende der 90er Jahre hinsichtlich der von ihnen präferierten gesellschaftspolitischen Werte und Staatsziele unterscheiden. Dabei zeigte sich, daß gemäß den Erwartungen

der Sozialisationshypothese nach wie vor erheblich Ost-West-Differenzen bestehen. Obwohl demokratisch-pluralistische Normen auch in den neuen Ländern weithin akzeptiert werden, sind die demokratischen Werte in Ostdeutschland weniger tief verankert als in den alten Ländern, was in einem gewissen Widerspruch zu früheren Befunden steht. Dramatische Unterschiede bestehen darüber hinaus bei der Bewertung der sozialistischen Idee, die im Osten weiterhin breite Zustimmung findet. Etwas schwächer ausgeprägt, aber durchaus substantiell sind die Differenzen hinsichtlich des gewünschten Umfangs der Staatstätigkeit.

Bei multivariater Betrachtung der Querschnittsdaten von 1998 zeigt sich, daß neben der Region, in der die Befragten sozialisiert wurden, auch die Generationenzugehörigkeit und die formale Bildung einen deutlichen Einfluß auf die jeweiligen Wertorientierungen haben. Insbesondere ist über alle untersuchten Wertorientierungen hinweg unter den formal hochgebildeten Angehörigen der jüngsten Generation, die von Claus Leggewie und anderen plakativ als „89er“ bezeichnet wurden, eine fast vollständige Annäherung zwischen Ost und West zu verzeichnen. Dieser Befund spricht ebenfalls für die Sozialisationshypothese und belegt außerdem, daß die höheren Bildungseinrichtung bei der Vermittlung demokratischer Werte nach wie vor eine entscheidende Rolle spielen. Wenn sich der Trend in den nächsten Jahren in dieser Form fortsetzt, wird sich eine gesamtdeutsche politische Kultur nur langsam, nämlich über die Generationenfolge herausbilden. Darüber hinaus deuten unsere Ergebnisse darauf hin, daß bei der demokratischen Sozialisation der jungen Ostdeutschen mit einer niedrigen formalen Bildung erhebliche Defizite bestehen, die gerade vor dem Hintergrund der hohen Gewaltbereitschaft unter ostdeutschen Jugendlichen als höchst problematisch gelten müssen.

## **Literatur**

- Arzheimer, Kai / Klein, Markus, 1997: Die friedliche und die stille Revolution. Der Wandel gesellschaftspolitischer Wertorientierungen in Deutschland seit dem Beitritt der fünf neuen Länder. In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozeß. Opladen: Leske und Budrich, S. 37-57.
- Bauer, Petra, 1991a: Freiheit und Demokratie in der Wahrnehmung der Bürger in der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR. In: Rudolf Wildenmann (Hrsg.): Nation und Demokratie. Politisch-strukturelle Gestaltungsprobleme im neuen Deutschland. Baden-Baden: Nomos, S. 99-124.
- Bauer, Petra, 1991b: Politische Orientierungen im Übergang. Eine Analyse politischer Einstellungen der Bürger in West- und Ostdeutschland 1990/1991. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 43, S. 433-453.
- Bauer-Kaase, Petra, 1994: Die Entwicklung politischer Orientierungen in Ost- und Westdeutschland seit der Deutschen Vereinigung. In: Oskar Niedermayer / Richard Stöss (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch: Parteiensystem und Wählerverhalten in der

- ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 266-297.
- Bürklin, Wilhelm, 1993: Perspektiven für das deutsche Parteiensystem: Politische Konflikte und die sozialdemokratische Kultur. In: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation - doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S.137-154.
- Clarke, Harold D. / Kornberg, Allan / McIntyre, Chris / Bauer-Kaase, Petra / Kaase, Max, 1999: The Effect of Economic Priorities on the Measurement of Value Change. New Empirical Evidence. In: American Political Science Review 93, S. 637-647.
- Converse, Philip E., 1964: The Nature of Belief Systems in Mass Publics. In: David E. Apter (Hrsg.): Ideology and Discontent. International Yearbook of Political Behavior Research Bd. 5. New York: The Free Press, S. 206-261.
- Davis, Darren W. / Davenport, Christian, 1999: Assessing the Validity of the Postmaterialism Index. In: American Political Science Review 93, S. 649-664.
- Easton, David, 1965a: A Framework for Political Analysis. Englewood Cliffs: Prentice Hall.
- Easton, David, 1965b: A Systems Analysis of Political Life. New York: Wiley.
- Falter, Jürgen W., 1996: Ein Staat, zwei Politikulturen? Politische Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland fünf Jahre nach der Wiedervereinigung. In: German Studies Review 19, S. 279-301.
- Fuchs, Dieter, 1997: Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozeß. Opladen: Leske und Budrich, S. 81-113.
- Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraud / Weßels, Bernhard, 1997: Die Akzeptanz der Demokratie des vereinten Deutschlands. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51, 3-12.
- Gabriel, Oscar W., 1986: Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gabriel, Oscar W., 1994: Immer mehr Gemeinsamkeiten? Politische Kultur im vereinigten Deutschland. In: Altenhof, Ralf / Jesse, Eckhard (Hrsg.): Das wiedervereinigte Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven. Düsseldorf: Droste.
- Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur gesellschaftlichen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gensicke, Thomas, 1992a: Mentalitätsentwicklungen im Osten Deutschlands seit den 70er Jahren. Vorstellung und Erläuterung von Ergebnissen einiger empirischer Untersuchungen in der DDR und in den neuen Bundesländern von 1977-1991. Speyer: Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung (=Speyrer Forschungsberichte Nr.109).
- Gensicke, Thomas, 1992b: Werte und Wertewandel im Osten Deutschlands. In: Helmut Klages / Hans-Jürgen Hippler / Willi Herbert (Hrsg.): Werte und Wandel. Ergebnisse einer Forschungstradition. Frankfurt/Main; NewYork: Campus, S. 672-694.
- Gensicke, Thomas, 1998: Die neuen Bundesbürger. Eine Transformation ohne Integration. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gluchowski, Peter / Zelle, Carsten, 1992: Demokratisierung in Ostdeutschland. Aspekte der politischen Kultur in der Periode des Systemwechsels. In: Peter Gerlich / Fritz Plasser / Pe-

- ter A. Ulram (Hrsg.): Regimewechsel. Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteleuropa. Wien; Köln; Graz: Böhlau, S.231-274.
- Goldsmith, Michael, 1995: The Growth of Government. In: Ole Borre / Elinor Scarbrough (Hrsg.): The Scope of Government (Beliefs in Government Bd. 3). Oxford u.a.: Oxford University Press, S. 25-54.
- Greiffenhagen, Martin / Greiffenhagen, Sylvia, 1993: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland. München; Leipzig: List.
- Huseby, Beate M., 1995: Attitudes towards the Size of Government. In: Ole Borre / Elinor Scarbrough (Hrsg.): The Scope of Government (Beliefs in Government Bd. 3). Oxford u.a.: Oxford University Press, S. 87-118.
- Inglehart, Ronald, 1971: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies. In: American Political Science Review, 65, S. 991-1017.
- Inglehart, Ronald, 1977: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald, 1990: Culture Shift in Advanced Industrial Society. Princeton: Princeton University Press.
- Jennings, M. Kent / Markus, Gregory B., 1984: Partisan Orientations over the Long Haul. Results from the Three-Wave Political Socialization Panel Study. In: American Political Science Review 78, S. 1000-1018.
- Jöreskog, Karl / Sörbom, Dag, 1993: LISREL 8: Structural Equation Modelling with the SIMPLIS Command Language. Chicago: Scientific Software International.
- Kaase, Max / Bauer-Kaase, Petra, 1998: Deutsche Vereinigung und innere Einheit 1990-1997. In: Heiner Meulemann (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen, S. 251-268.
- Kaina, Viktoria, 2000: Zwischen den Welten: Die Funktionsbewertung des politischen Systems in Führungsschicht und Bevölkerung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 31, S. 131-155.
- Kitschelt, Herbert unter Mitarbeit von Anthony J. McGann, 1995: The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Klages, Helmut / Gensicke, Thomas, 1992: Wertewandel in den neuen Bundesländern. Fakten und Deutungsmodelle. In: Wolfgang Glatzer / Heinz-Herbert Noll (Hrsg.): Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung. Frankfurt/Main; New York: Campus, S. 301-326.
- Klages, Helmut / Gensicke, Thomas, 1993: Geteilte Werte? Ein deutscher Ost-West Vergleich. In: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation - doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S.47-59.
- Klein, Markus, 1998: Was bleibt von der friedlichen Revolution? Plebiszitäre Orientierungen im vereinten Deutschland. In: Heiner Meulemann (Hrsg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung. Opladen: Leske+Budrich, S. 155-176.
- Klein, Markus / Arzheimer, Kai, 1999: Ranking- und Rating-Verfahren zur Messung von Wertorientierungen, untersucht am Beispiel des Inglehart-Index. Empirische Befunde eines Methodenexperiments. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 51, S. 550-564.

- Klein, Markus / Pötschke, Manuela, 2000: Gibt es einen Wertewandel hin zum „reinen“ Postmaterialismus? Eine Zeitreihenanalyse der Wertorientierungen der westdeutschen Bevölkerung zwischen 1970 und 1997. In: Zeitschrift für Soziologie, 29 (i.E.)
- Kluckhohn, Clyde, 1951: Values and Value Orientations in the Theory of Action. An Exploration in Definition and Classification. In: Parsons, Talcott / Shils, Edward (Hrsg.): *Toward a General Theory of Action*. Cambridge, S. 388-433.
- Parsons, Talcott, 1980: Über den Begriff „Commitments“. In: Ders.: *Zur Theorie der sozialen Interaktionsmedien*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 183-228.
- Pollack, Detlef, 1997: Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 13, S. 3-14.
- Roller, Edeltraud, 1997: Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung. In: In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): *Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozeß*. Opladen: Leske und Budrich, Seiten 115-146.
- Sontheimer, Kurt, 1990: *Deutschlands Politische Kultur*. München; Zürich: Piper.
- van Deth, Jan: Introduction: The Impact of Values. In: van Deth, Jan / Scarbrough, Elinor: *The Concept of Values*. In: Dies.: *The Impact of Values (Beliefs in Government Bd. 4)*. Oxford u.a.: Oxford University Press, 1995, S. 1-18.
- van Deth, Jan / Scarbrough, Elinor: *The Concept of Values*. In: Dies.: *The Impact of Values (Beliefs in Government Bd. 4)*. Oxford u.a.: Oxford University Press, 1995, S. 21-47.
- Veen, Hans-Joachim, 1997: Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40-41, S. 19-28.
- Warwick, Paul V., 1998: Disputed cause, disputed effect: The postmaterialist thesis re-examined. In: *Public Opinion Quarterly*. 62, S. 583-602.
- Weil, Frederick D., 1997: Diffusion, Nostalgia, and Performance: Democratic Legitimation in Unified Germany. Paper for the symposium „The Inner Wall: A Challenge to Value-Change Research since German Reunification“. September 18-20, 1997, Köln.
- Westle, Bettina, 1994: Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 46, S.571-596.
- Zelle, Carsten, 1998: Soziale und liberale Wertorientierungen: Versuch einer situativen Erklärung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 41-42, S. 24-36.